

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

84 (18.4.1950)

# UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 452 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 452 65. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2245. Vertriebsstellen: Offenburg Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 42.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einwöchig. Trägerlohn: Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -0,34 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 277, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 629 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 84

Dienstag, 18. April 1950

Preis 15 Pfg.

Gib deine Stimme



## Folge jeder Friedensfreund diesem Beispiel!

Ein Brief an das „Volksecho“: „Ich sammelte in 4 Stunden 210 Unterschriften“ — Überall gute Resultate

Mannheim (EB). Aus Mannheim Seckenheim erhielten wir einen Brief, der in seiner Einfachheit besonders eindrucklich die beispielhafte Hingabe von Friedenskämpfern für die Unterschriftensammlung, aber auch ebenso die Möglichkeit des Erfolges beweist, wenn die Sache mit Überzeugung angepackt wird.

Der Brief lautet: „Beim Lesen meiner Tageszeitung, dem „Volksecho“, fiel mir bei der Ausgabe vom 13. April auf der ersten Seite sofort als erstes auf, daß verschiedene Friedenskämpfer bereits Unterschriften für den Frieden mit bestem Erfolg gesammelt haben. Sofort nahm auch ich mir vor, solches auch fertigzubringen und schaute, daß ich drei Friedenslisten bekam. Mit vollem Eifer ging ich daran, Unterschriften zu sammeln, um den Frieden sichern zu helfen. Nach vier Stunden waren alle drei Listen mit 210 Unterschriften voll. Möge jeder Friedenskämpfer sich anschließen und sammeln, damit der Frieden gesichert wird und Millionen Frauen und Mütter nicht wieder unschuldig leiden und um ihre Väter und Söhne trauern müssen.“

Mit sozialistischen Grüßen,  
Friedenskämpfer Heinrich Volz, Seckenheim, Kapellenstraße 16.

### Unterschriftenaktion in Lörrach läuft

Lörrach (EB). Zwei Friedensfreunde stellten bei der Sammlung von Unterschriften für die Friedenslisten eine recht beachtliche Leistung auf. Einer dieser Beiden sammelte in Haagen bei Lörrach in zwei Tagen 260 Unterschriften, der andere Friedensfreund — eine Frau — erreichte bei ihrer Tätigkeit an einem Tag als Resultat 150 Eintragungen.

### 12 Friedensfreunde bei der Arbeit

Freiburg (EB). Im Freiburger Stadtteil Oberwehre begannen 12 Friedensfreunde gemeinsam mit den Listen des Friedenskomitees die Unterschriftenaktion. In drei Tagen hatten sie zusammen 454 Unterschriften. Sie werden ihre Arbeit fortsetzen und sind überzeugt, daß sie bis zum Abschluß der Kampagne Ende des Monats das bisherige Resultat mehr als verdoppeln werden.

In Heitersheim bei Freiburg konnte ein Friedensfreund 90 Unterschriften innerhalb von zwei Tagen als Erfolg buchen.

### Wird Schönau an der Spitze liegen?

Mannheim (EB). In der Vorortssiedlung Pfingsberg erreichten 4 Friedensfreunde am vergangenen Sonntag innerhalb zwei Stunden das Ergebnis von 320 Unterschriften. Sie hatten sich die Bearbeitung von nur zwei Häuserblöcken vorgenommen. In einem der Blöcke zeichneten sich von 100 aufgesuchten Bewohnern 98 in die Listen der Friedenskämpfer ein.

Die Arbeitersiedlung Schönau in Mannheim wird bei der Unterschriftensammlung wie uns von den dortigen Friedensfreunden allseitig versichert wird, mit ihrem Resultat in Mannheim an der Spitze stehen. Man ist in Schönau der Überzeugung, daß die große Mehrheit aller Wahlberechtigten sich in die Listen der Friedensfreunde einzeichnen werden. Die Einzelergebnisse geben dem Optimismus der Schönauer recht. Von 77 Bewohnern im Gryllusweg haben sich 74 eingetragen. Ein FDJler sammelte in der Schönau innerhalb weniger Stunden 70 Unterschriften. Ein junger Arbeitsloser in den Eigenheimen des Danziger Baumgangs brachte 69 Unterschriften zusammen.

### Auf den ersten Anbieh das Soll erreicht

Dörnigheim (Hessen). (EB.) Am Sonntag waren alle Friedenskämpfer in Dörnigheim auf den Beinen. Die vorhandenen Sammel Listen reichten bei weitem nicht aus, um die

## Am Streiflicht gesehen

Wieder Ueberfall auf zwei Taxi-Chauffeure  
München. (dpa.) Am Wochenende wurden in München wieder zwei Taxi-Chauffeure überfallen. In beiden Fällen verlangte die Täter, zum IRO-Krankenhaus gefahren zu werden. Während der Fahrt zogen sie eine Pistole, zwangen den Fahrer zum Anhalten und raubten die Tageseinnahmen.

Verkehrszug zerschellt an Bergesspitze  
Interlaken (Schweiz). Ein viermotoriges britisches Verkehrszug zerschellte an dem 2200 Meter hohen Hohenhorn, nördlich von Interlaken. Die funktfähige Besatzung und der einzige Passagier, ein Italiener, kamen ums Leben. Das Flugzeug schlug kurz unter dem Gipfel auf dem Berg auf und löste eine Lawine aus, die donnernd ins Tal stürzte. (Nach Reuters.)

Einstürzendes Haus begräbt 70 Menschen  
Tel Aviv. Ein vierstöckiges Haus in Jaffa stürzte am Sonntag wie ein Kartenhaus zusammen. Von den 70 Bewohnern konnten bis Sonntagabend 13 Tote geborgen werden. (Nach Reuters.)

Bärenompteur von seinem Zögling schwer verletzt  
Salzbach. (dpa.) In Salzbach-Rosenberg in Bayern wurde am Sonntagabend im Zirkus Fischer der Bärenompteur Willi Schäfer von einem vierjährigen Bären angefallen und schwer verletzt. Er mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

„Kellnerinnen“ in Paris  
Paris. Rund 100 Kellner aus den Pariser Bars und Cafés nahmen am Sonntag an dem traditionellen Kellnerrennen teil, das über eine Distanz von vier Kilometern über die Boulevards von der Madeleine-Kirche bis zur Place de la Bastille führte.

Die Kellner mußten — in ihrer Berufskleidung: schwarze Hose, weiße Jacke und schwarze Schleiße — ein Tablett mit zwei Flaschen Apéritif und zwei leeren Gläsern auf der einen Handfläche tragen, ohne etwas zu verschütten. An der Renn-

den Friedenskämpfern in Fürth. Stadt und Land, vom Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland für die ganze Zeit der Unterschriftensammlung vom 9. April bis 1. Mai 1950, für 23 Tage also, gestellt worden war. Nach diesem Anfang, der ein ganzer Erfolg ist, geht die Mobilisierung zum Kampf für die Verteidigung des Friedens und gegen die Kriegstreiber durch die Unterschriftensammlung in Fürth Stadt und Land, weiter.

### Ist das nicht Mord?

Britische Militärpolizei erschießt Zivilisten  
Hamburg (dpa). Ein Captain der britischen Feldsicherheits-Polizei erschoss in der Nacht zum Freitag in Hamburg-Volksdorf einen Zivilisten in dessen Wohnung. Nach einer britischen Verlautbarung betrat der britische Offizier die Wohnung des Mannes, um ihn wegen eines angeblichen Vergehens zu vernehmen. Dabei soll der Zivilist den Captain aus der Wohnung gedrängt und die Tür ins Schloß geschlagen haben. Darauf eröffnete der Offizier das Feuer und verletzte den Zivilisten tödlich. Nach britischen Angaben war der Erschossene deutscher oder polnischer Nationalität.

### Verkehrsstreik in Melbourne geht weiter

Melbourne. Die seit fast zwei Monaten streikenden Straßenbahnarbeiter in Melbourne beschlossen am Sonntagabend, ihren Ausstand trotz eines Ultimatum der Verkehrsgesellschaft fortzusetzen. Sie fordern eine Lohnerhöhung von einem Pfund Sterling (etwa 12 DM) pro Woche. (Nach Reuters.)

### Die Verdröhen der bürgerlichen Presse festgenagelt

London. Der bekannte britische Labour-Abgeordnete Richard Großman schreibt über den „Flugzeugzwischenfall“ im Ostseebereich im „Sunday-Pictorial“: „Die Tat-

## Die internationale Solidarität des Friedens

Max Reimann sprach auf der Gedenkundgebung der VVN in Berlin — „Adenauer ist jederzeit bereit, das deutsche Volk zu verkaufen“

Berlin. (EB) Auf einer Gedenkundgebung der VVN auf dem Potsdamer Platz in Berlin sprachen vor Tausenden Max Reimann, der Vorsitzende der KPD, die Führerin der polnischen Partisanen, Valinka, und der ehemalige Hauptmann in der französischen Widerstandsbewegung, Albert Plouviez.

Max Reimann führte unter anderem aus: „Heute weilen wir in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik und besprechen den Befreiungstag.“  
„In einem Teil unseres Vaterlandes aber“, so führte Max Reimann weiter aus, „herrschen noch immer dieselben Kräfte, die am Krieg und Faschismus schuldig waren. Heute bauen diese Kräfte Westdeutschland zu einer strategischen Basis eines neuen Weltkrieges auf Befehl der anglo-amerikanischen Imperialisten aus. Dieses Abenteuer soll auf Kosten der deutschen Jugend gemacht werden. Die Pferdemenge, Adenauer und Blücher sind bereit, als Handlanger für diese Imperialisten Dienste zu leisten. Dieser Herr Adenauer, der heute in Berlin weilt, ist zu jeder Zeit bereit, das Interesse des deutschen Volkes zu verkaufen, wenn es die Interessen der internationalen Schwerindustrie verlangen.“

„Das deutsche und das polnische Volk verbindet heute der gemeinsame Kampf um den Frieden“, rief die polnische Delegierte Valinka, Oberstleutnant der polnischen Partisanen. „Wir wollen gemeinsam aufbauen mit jedem Deutschen, dem die Sache des Friedens am Herzen liegt und der guten Willens ist. Wir werden nicht im Kampf um den Frieden sterben, sondern wir werden siegen und leben. Das Deutsch-

land von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, von Marx und Engels, kann auf uns rechnen.“  
Der französische Delegierte Albert Plouviez, ehemaliger Hauptmann der französischen Widerstandsbewegung, betonte die Bereitschaft der französischen Friedenskämpfer, für den Aufbau einer neuen Welt in Frieden und Freiheit.

### Max Reimann weihte das Mahnmahl in Falkensee ein

Berlin (EB). Auf einer Gedenkundgebung der Berliner VVN wurde am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus auf dem Thälmann-Platz in Falkensee feierlich eingeweiht. Die Weihe hielt Max Reimann. Max Reimann stellte die symbolische Bedeutung der Tatsache heraus, daß die Einweihung des Mahnmals gerade am dem Tage erfolge, an dem Ernst Thälmann, der als

aufrechter Kämpfer gegen den Faschismus, für den Fortschritt und Frieden sein Leben ließ, 64 Jahre alt geworden wäre. Von ihm und den vielen hunderttausend antifaschistischen Kämpfern aller Nationen, die in den deutschen Konzentrationslagern ihr Leben ließen, übernehmen die Ueberlebenden die Verpflichtung, gegen die imperialistischen Kräfte in der Welt für Frieden und Freiheit zu kämpfen. Die Imperialisten mögen es sich gesagt sein lassen, daß auch der Westen unseres Vaterlandes den Kampf so führen werde, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik unser ganzes Vaterland beherrschen werden.

„An dieser Gedenkstätte geloben die hier versammelten antifaschistischen Kämpfer aus allen Ländern, das durch gemeinsamen Kampf und gemeinsames Leid, sowie gemeinsame Opfer geknüpfte Band für den Frieden und die Freiheit der Völker immer weiter zu festigen.“

### Befreiungstag in Dachau

München (dpa). Etwa 1200 Angehörige der VVN und ausländische Gäste versammelten sich am Sonntag dem Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau, am Waldfriedhof in Dachau. Ein Mitglied der französischen Delegation forderte eine „neue Welt“, da der Kampf, der schon so viele Opfer gefordert habe, noch nicht zu Ende sei. Ludwig Wichtel von den österreichischen Widerstandskämpfern erklärte, es gebe keine Macht der Welt, die eine internationale Ka-

meradschaft der ehemaligen Widerstandskämpfer verhindern könne. Geistliche aller Konfessionen hielten kurze Ansprachen vor den Gräbern der Toten des Konzentrationslagers.  
Als Vertreter der DDR erinnerte Franz Spandau, an die Befreiung Deutschlands durch die Rote Armee. Von dem schwarz-rot-gold-geschmückten Rednerpult rief er: „Wir wollen Partisanen sein, bis zum Sieg.“  
Der Vorsitzende der VVN in Bayern, Ernst Loercher, überreichte einem Vertreter der FDJ eine KZ-Traditionsfahne mit dem Wunsche, daß die Freie Deutsche Jugend die Reaktion im Westen erfolgreich bekämpfen möge.

Am Nachmittag wurde auf dem Dachauer Marktplatz eine Erinnerungstafel eingeweiht.

### Dr. Müller (CSU) fordert Einigung der politischen Verfolgten

München (dpa). Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident, Dr. Josef Müller, forderte auf einer VVN-Kundgebung in München, daß sich alle Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes einigen sollten. Die VVN beginne den Gedenktag an die Befreiung des KZ Dachau.

Dr. Müller sagte, es sei ihm nicht ganz einfach gewesen, auf dieser Kundgebung zu sprechen. Er habe jedoch alle Zweckmäßigkeitsgründe zurückgestellt. Seit 1945 habe es Spannungen und Spaltungen gegeben, die nur denjenigen diene, die früher die Gegner der Verfolgten gewesen sind.

Außer Dr. Müller sprachen Vertreter der DDR, aus Frankreich und Oesterreich.

## Friedenskundgebung mit Max Reimann

„Der Sieg der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland ist die Voraussetzung zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt“

Oranienburg (EB). „Der Kampf um den Frieden ist die größte Aufgabe der VVN in der gegenwärtigen Situation. Wir denken nicht daran, den amerikanischen Imperialismus um den Frieden zu bitten, sondern wir werden den Frieden im Kampf erzwingen.“ Mit diesen Worten schloß Max Reimann unter brausendem Beifall seine Rede vor 600 ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen, die am Tage der Widerkehr ihrer Befreiung zu einem internationalen Kongreß in Oranienburg versammelt waren.

Widerstandskämpfer aus Ost- und Westdeutschland bekundeten gemeinsam mit ihren Kameraden aus der Sowjetunion, aus Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei, aus Holland, Dänemark und Oesterreich, Griechenland und Rumänien ihren festen Willen, alle Kraft zur endgültigen Sicherung des Friedens einzusetzen.

Reimann betonte, daß der Kampf der westdeutschen Widerstandskämpfer gegen die Adenauer-Regierung ein Kampf um den Frieden der Welt ist. Mit Hilfe der deutschen Quislinge wollen die Imperialisten West-

deutschland zur strategischen Basis eines neuen Angriffskrieges machen.  
„So lange imperialistische Besatzungsmächte befahlen, kann von einer friedlichen demokratischen Entwicklung nicht gesprochen werden“, hatte vorher das Mitglied des Rates der VVN, Horst Sindermann, betont. „Der Sieg der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland ist die Voraussetzung zur Erhaltung des Friedens der Welt.“

Der Generalsekretär des Verbandes der tschechoslowakischen Widerstandskämpfer hatte diesem Gedanken ebenfalls Ausdruck

gegeben und darauf hingewiesen, daß der Sieg des deutschen Volkes über seine imperialistischen Feinde der Sieg des Friedens in Europa sein werde.

Als Vertreter der polnischen Widerstandskämpfer überbrachte der Generalsekretär des Verbandes der polnischen Kämpfer für Freiheit und Frieden den deutschen Kameraden die Grüße des polnischen Volkes im gemeinsamen Kampf um den Frieden. Auch der Sprecher der französischen Delegation bekannte sich zur internationalen Verbundenheit der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und zum weiteren gemeinsamen Kampf um die Erhaltung des Friedens der Welt.

Allen Völkern, die für den Frieden, die Demokratie und den Sozialismus kämpfen, entbot die Teilnehmer des internationalen Kongresses brüderliche Grüße.

# Man sagt KPD und meint Demokratie

### Sie hetzen ohne Ausnahme für das Verbot der KPD

Alle kennen wir sie, die Frauenfigur mit der Waage in der Hand und der Binde vor den Augen. Warum Justitia die Augen verbunden hat? Das ist nicht zu ergründen; denn solange wir sie kennen, sah sie immer sehr genau wer vor ihr stand und behandelte ihn dementsprechend. Das „Bundesverfassungsgericht“ wird im westdeutschen Separatstaat nicht nur das höchste Gericht sein, wenn der Entwurf, den Dr. Adenauer dem Präsidenten des Bundestags einreichte, von der reaktionären Mehrheit in Bonn zum Gesetz erhoben würde, sondern es wäre die höchste Instanz im „Bundesgebiet“ überhaupt. Alle wesentlichen Dinge würden von ihm entschieden, zum Beispiel auch, wie das Grundgesetz von den gewählten Abgeordneten auszulegen und anzuwenden ist.

Aus zwölf Bundesrichtern und zwölf anderen Mitgliedern, die die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen müssen, soll das geplante „Bundesverfassungsgericht“ bestehen. Damit ist sein reaktionärer Charakter schon garantiert. Die Väter dieses Entwurfes verzichten darauf den Anschein zu erwecken, als habe das geplante „Obergericht“ noch die Binde vor den Augen, die als Symbol der Unparteilichkeit der Justiz gedacht ist. Es kann schon auf Antrag der Bundesregierung einer Landesregierung oder eines Drittels der Mitglieder des Bundestages in Tätigkeit gesetzt werden. Auch die Entscheidung darüber, ob eine Partei verfassungswidrig ist, kann von einer derartigen Minderheit gefordert werden. Ganz anders aber ist es, wenn z. B. gegen den Bundespräsidenten wegen Verletzung des Grundgesetzes oder eines anderen Bundesgesetzes beim „Bundesverfassungsgericht“ Anklage

erhoben werden soll. Dann muß eine Mehrheit von zwei Dritteln die Einleitung des Verfahrens unterstützen.

Der ganze Entwurf, den der Justizminister Dr. Dehler bereits ankündigte, als am 16. März in Bonn der Antrag der SPD auf Erlass eines „Gesetzes zur Bekämpfung der Feinde der Demokratie“ zur Debatte stand, atmete reaktionären Geist. Dehler erklärte damals, daß die Bundesregierung mit der SPD weitgehend übereinstimme, aber

„... ich gehe in manchen Bestimmungen über ihre Anträge in meinen Vorschlägen hinaus“.

Worauf es den Reaktionen in Westdeutschland heute ankommt, das sprach am klarsten der Abgeordnete Donhauser von der Bayernpartei in dieser Debatte aus. Seine politischen Freunde und er hätten durchaus Vertrauen zu den heutigen Machthabern in Adenauers Separatstaat. Aber er möchte garantiert wissen, daß auch bei einer Aenderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag keine andere Auslegung der Demokratie zur Anwendung kommen könne als die reaktionäre.

Scharf geißelte Walter Fisch (KPD) den Gesetzentwurf der SPD, die, wie er sagte, einen „unbändigen Wetteifer entwickelt, um die alliierten Gesetze zur Maßregelung und zur Erdrosselung der Freiheit noch zu übertrumpfen“.

„Ich weise darauf hin, daß 85 Prozent der heute tätigen Staatsanwälte und Richter in höheren Positionen ihr Amt bereits unter Hitler ausgeübt haben. Damit ist meine Behauptung erwiesen, daß es sich bei den Inhabern der heutigen hohen juristischen Stellen um Freunde Hitlers handelt“.

Und Walter Fisch wies die sozialdemokratischen Abgeordneten auf die Praxis der Weimarer Justiz hin, wo man den „Schutz der Republik“ ebenfalls in die Hände der reaktionären Justiz, der Freunde Hitlers legte. Darum sagte Walter Fisch am Schluß seiner Rede:

„Die Kommunistische Fraktion erklärt offen, daß sie beabsichtigt, den gegenwärtigen Zustand, ... zu beseitigen, weil er ein System der Unzufriedenheit und der Kolonialherrschaft ist“.

Was man will in Westdeutschland, das haben einige reaktionäre Politiker schon sehr offen ausgesprochen. Die „Rheinische Post“ berichtete am 12. 4. 1950, daß auf eine von ihr veranstaltete Umfrage bei Abgeordneten aller Parteien, alle — mit Ausnahme der Kommunisten — die Antwort gegeben haben, daß nach ihrer Ansicht die Kommunistische Partei nicht verfassungsmäßig sei. Der Ministerpräsident Ehard aus Bayern „befürwortet“ ein Verbot der KPD ganz offen mit der Begründung, daß man die Werbung „für Frieden und Freiheit“ unterbinden müsse, weil die deutsche Jugend „in ihrer politischen Harmlosigkeit“ diesen Parolen folgt. „Gegen eine solche Verhetzung“, sagt Ehard, „muß die Demokratie sich wehren, wenn sie sich nicht selbst aufhängen will“.

Das ist der tiefere Sinn der reaktionären Gesetzgebung in Bonn. Damit will man die demokratischen Rechte des Volkes restlos

beseitigen. Weil die deutsche Jugend sich für das Kriegsabenteuer, das amerikanische Imperialisten vorbereiten, und bei dem ihre westdeutschen Helfershelfer ihnen ihre hilfreiche Hand bieten, nicht fangen läßt; darum betreibt man das Verbot der Kommunistischen Partei. Nicht nur die KPD, sondern die Demokratie und das Recht für den Frieden zu kämpfen will man verbieten.

Aber sie haben sich geirrt, die alliierten Generale und die westdeutschen Propagandisten eines „deutschen Kontinents in einer europäischen Armee“. Der Kampf um den Frieden wird immer stärker Fuß fassen in den Hirnen und Herzen der Mütter und der Väter, der Jungen und der Mädel. Mit dem Verbot der KPD begann auch 1933 die völlige Entrechtung des deutschen Volkes, mit ihr begann die Vorbereitung des mörderischen Weltkrieges, die Spaltung Deutschlands und die Kolonisierung Westdeutschlands stand.

Darum müssen sich alle, die ihr Vaterland lieben, einsetzen für den legalen Bestand der KPD. Auch das ist ein Bestandteil des großen Kampfes um die Erhaltung des Friedens in Europa! E. M.

## Pariser Arbeiter verteidigen Arbeitsplatz gegen Polizeimacht

Paris. Etwa 200 Arbeiter einer großen im Süden der französischen Hauptstadt liegenden Fabrik, die Flugzeuge herstellt, verbarrikadierten sich, um gegen ihre Entlassung zu protestieren. 800 Polizisten und Mitglieder der Mobilgarde wurden gegen sie eingesetzt. Die Arbeiter wehrten sich auf das äußerste mit allen, was ihnen zu Gebote stand. Erst nach zweistündigem Kampf gelang es der Polizeimacht, die Barrikade unter Einsatz von Fahrzeugen zu erobern.

## Bevin macht völliges Zugeständnis an Churchill

Mr. Acheson hat Amerikas Friedensbedingungen dargelegt. Mr. Churchill ist ihm durch die Formulierung derselben Bedingungen im Auftrag der britischen konservativen Partei gefolgt und ist zu der schwerwiegenden Feststellung gekommen, daß Westdeutschland bewaffnet werden muß. Als Mr. Bevin an der Reihe war, wies er diese Schlussfolgerung energisch zurück. Als er aber anfing, die britischen oder britisch-französischen Friedensbedingungen zu formulieren, bemerkte er nur zu versteckt: „Wir können nichts ohne unsere

Verbündeten tun.“ Dies bedeutet aber ein völliges Zugeständnis an Mr. Churchill. „New Statesman and Nation“, London

## Speisekartoffeln werden vergiftet

Die Regierung streut Chemikalien über 50 Millionen Buschel guter Speisekartoffeln aus. Ihr Plan besteht darin, sie mit einer blauen Säure zu vergiften, damit sie niemand essen kann. Es scheint so, daß diese Kartoffeln das sind, was der verrückte Mann des Kapitalismus „Überfluß“ nennt. Gab es schon jemals ein Gesellschaftssystem, das es wagte, die Ernte der Bauernarbeit „Überfluß“ zu nennen und sie systematisch zu zerstören? „Daily Worker“, New York

# 30 Jahre Kommunistische Partei Spaniens

### Max Reimann an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens

Werte Genossen!

Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung Eurer Partei übersenden wir Euch die brüderlichsten Kampfgrüße.

Die Geschichte Eurer Partei ist reich an heldenhaften Kämpfen im Interesse der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes. Im Jahre 1936 hat Eure Partei der Arbeiterklasse und den Kräften des Friedens in den kapitalistischen Ländern ein weithin leuchtendes Beispiel gegeben, wie man den nationalen Verrat der reaktionären Großbourgeoisie, die Preisgabe nationaler Interessen an ausländische Imperialisten und die von ihr betriebene Intervention ausländischer Armeen beantwortet muß.

Auf Vorschlag des unvergesslichen Führers Eurer Partei, des Genossen José Diaz, kam die Sammlung aller demokratischen und friedliebenden Kräfte Spaniens in der Volksfront zustande, die bei den Wahlen 1936 der spanischen Reaktion eine empfindliche Niederlage beibrachte. Damals spielte Spanien in den Weiterberaubungsplänen der faschistischen Achse eine genau so große Rolle wie heute in den Plänen der neuen Weltberoberer, der amerikanischen Imperialisten. Die klerofaschistische Reaktion konspirierte mit den Faschistenhüchtlern in Berlin und Rom und bereitete unter deren Anleitung im Innern den Bürgerkrieg und die ausländische militärische Intervention vor. Sie trat die demokratische Entscheidung des spanischen Volkes mit Füßen.

Es war Eure Partei, welche die republikanische Regierung Eures Landes auf die Bürgerkriegsvorbereitungen der Reaktion, die in Wirtschaft, Verwaltung und Armee noch über wichtige Positionen verfügte, aufmerksam machte, warnte und praktische Vorschläge zur Sicherung des republikanischen Regimes unterbreitete. Aber von den Sozialisten und Republikanern wurden diese Vorschläge, die das spanische Volk als richtig anerkannte, in den Wind geschlagen. Dadurch wurde den Putschisten ihre Arbeit erleichtert. Hier zeigt sich, wie sich jede Halbheit und Unentschlossenheit im Kampf gegen die Reaktion schlägt.

Einzig und allein Eure Partei ist es auch zu verdanken, daß nach dem faschistischen Putsch am 18. Juli 1936 der heldenhafte nationale Widerstand des Volkes gegen die faschistische Reaktion und gegen die ausländischen Interventions-Truppen organisiert, eine reguläre republikanische Armee geschaffen und eine Reihe entscheidender demokratischer Maßnahmen, wie die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Bodens an die Bauern und Landarbeiter durchgeführt wurde.

In der richtigen Erkenntnis, daß der von der Achse organisierte faschistische Putsch in Spanien das Präludium des 2. Weltkrieges war und der Kampf gegen die faschistischen Banden Francos und gegen die faschi-

stischen Interventionsarmeen ein Teil des Befreiungskampfes unserer Heimat vom Nazifaschismus war, ellten mit Angehörigen aller Nationen auch tausende deutsche Antifaschisten nach Spanien, um in den Internationalen Brigaden gemeinsam den Freiheitskampf und den Kampf für den Frieden zu führen. In diesem gemeinsamen Kampf haben wir aus eigener Anschauung die große Kraft Eurer Partei, ihre kluge und weitsichtige Führung, den Heldennut und die Standhaftigkeit der Funktionäre und Mitglieder Eurer Partei kennen und schätzen gelernt. Teure Genossen, in den Kämpfen um Madrid, am Ebro, bei Belchite und Guadalaajara, in den Konzentrationslagern in Frankreich und in der Emigration ist die unzweibeherrliche Freundschaft entstanden, die mit der gewaltigen Friedensfront über die Kriegstreiber und Anwärter auf die Welt Herrschaft von heute triumphieren wird.

Wenn es Franco gelang, die spanische Republik zu beseitigen, dann nur infolge der rücksichtslosen Intervention durch Hitler und Mussolini, durch die verbrecherische sogenannte „Nichtmischungspolitik“ der damaligen Blum-Regierung in Frankreich und der Chamberlain-Regierung in England, durch das Verhalten der rechten SP-Führer und den niederträchtigen Verrat der Trotzkisten. Alle diese Verräter wurden schärfert von anglo-amerikanischen Imperialismus, dem alle fortschrittlichen Kräfte ein Dorn im Auge waren.

Für das spanische Volk begann mit der Niederlage im Jahre 1939 die schwärzeste Periode seiner Geschichte. Hunderttausende Arbeiter, Bauern, Demokraten wurden durch die von den Großgrundbesitzern und Großbankiers eingesetzte Franco-Regierung ermordet. Noch mehr Freiheitskämpfer sitzen seit Jahren hinter faschistischen Kerkermauern.

Aber trotz dieser Verfolgungen — denen Eure ruhmreiche Kommunistische Partei am stärksten ausgesetzt ist, ist auch heute Eure Partei die einzige, die einen ernsthaften Widerstand gegen das Terrorregime, gegen die Hunger- und Ausplünderungspolitik organisiert. Es sind Mitglieder der tapferen Kommunistischen Partei Spaniens, die Herz und Hirn der Partisanengruppen in zahlreichen Gegenden Eurer Heimat darstellen.

Der Sieg Francos ist ein vorübergehender, auch wenn das rechte sozialdemokratische und republikanische Führer nicht wahr haben wollen. Noch nie in der Geschichte konnte eine Bande von Verbrechern auf die Dauer gegen die ureigensten Interessen eines ganzen Volkes regieren. Der Faschistenhüchtlings Franco, der gestern nationale Besitztümer bedenkenlos den faschistischen Kriegstreibern Hitler und Mussolini auslieferte, liefert heute die Reich-

tümer Spaniens genau so bedenkenlos den amerikanischen Kriegstreibern aus. Er stellt spanisches Territorium, spanische Häfen, Naturreichtümer und Soldaten genau so skrupellos den amerikanischen Imperialisten für einen neuen Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion und die Volksdemokratien zur Verfügung wie der Kanzler des westdeutschen Separatstaates Adenauer. Aber die anglo-amerikanischen Kriegstreiber und ihre Helfershelfer in Spanien und Westdeutschland machen die Rechnung ohne den Wirt: ohne die Völker und besonders ihre Jugend. Sie vergessen, daß

„die Schrecken des jüngsten Krieges im Gedächtnis der Völker zu lebendig und die gesellschaftlichen Kräfte, die für den Frieden eintreten, zu groß sind, als daß die Aggressionsschüler Churchills sie überwinden und in die Richtung eines neuen Krieges lenken könnten.“ (Stalin)

Das Lager des Friedens der Welt, das unter Führung der mächtigen Sowjetunion steht, ist bedeutend stärker als die Kriegstreiber. Es wächst mit jedem Tag weiter an. Die herrlichen Beispiele der französischen und italienischen Arbeiter sind uns Vorbild im täglichen Kampf für den Frieden. Weil die Kriegstreiber miteinander auf Geheiß und Verdrerb verbunden sind, ist jeder Sieg auf dem Weg zum Kommunismus in der Sowjetunion, jeder Schritt auf dem Wege zum Sozialismus in den Volksdemokratien, jeder Erfolg der Friedenskämpfer in Frankreich, Italien, Westdeutschland u. a. Ländern gleichzeitig ein Schlag gegen die anglo-amerikanischen Kriegstreiber wie gegen Franco, den Feind des spanischen Volkes.

In den Plänen der amerikanischen Kriegstreiber nehmen zwei Länder eine besondere Rolle ein. Das ist Spanien, das die Kriegstreiber als Brückenkopf, und Westdeutschland, das sie als Aufmarschgebiet, Waffenarsenal und Menschenreservoir gegen die Sowjetunion vorgesehen haben. Der Kampf um die Pläne der amerikanischen Kriegstreiber und für die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes und Euer Kampf um die Befreiung vom Franco-Regime ist ein einziger Kampf.

Dank der Befreiung durch die Sowjetunion, dank der großzügigen Hilfe durch die Sowjetunion wurde ein Teil Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik, bereits vom Joch des Imperialismus durch die heldenhafte sowjetische Armee befreit. Dieser Teil Deutschlands hat aus der Hand der Sowjetunion das Selbstbestimmungsrecht zurückerhalten.

Die Worte Stalins im Telegramm an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, daß die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur für Deutschland, sondern von europäischer Bedeutung ist, sind von weltgeschichtlicher Tragweite, denn eine einheitliche, demokratische, unabhängige, friedliche deutsche Republik an der Seite der großen sozialistischen Sowjetunion und im Bündnis mit den Volksdemokratien bedeutet den Frieden und die Vernichtung der imperialistischen Herrschaft in ganz Europa.

Liebe Genossen, wir grüßen anlässlich des 30. Gründungstages die geliebte Führerin Eurer Partei, Genossin Dolores Ibaruri, die nach dem Tode des unvergesslichen Genossen José Diaz zur Vorsitzenden des ZK Eurer Partei gewählt wurde. Die Genossin Dolores Ibaruri, eine der Mitbegründer Eurer Partei, ist unter dem Namen La Pasionaria weit über Spaniens Grenzen hinaus bei allen freiheits- und friedliebenden Menschen bekannt und geliebt. Ihr Name ist auch im Ausland das Symbol des heldenhaften Widerstandes des spanischen Volkes.

Anlässlich des 30. Jahrestages grüßen wir brüderlich die zehntausende Mitglieder und Funktionäre Eurer Partei, die unter den schwierigsten illegalen Bedingungen einen heldenhaften Kampf für den Frieden und für die Befreiung ihrer Heimat vom faschistischen und imperialistischen Joch führen.

So wollen wir anlässlich des 30. Gründungstages Eurer Partei geloben in inniger Verbundenheit vereint in der 800-Millionen-Front der Friedenskämpfer der ganzen Welt gegen die amerikanischen Kriegstreiber zu kämpfen.

Mit sozialistischem Gruß!

Parteivorstand der KPD

Max Reimann

## Amerikanische Kriegshetzer ertappt

### Blitzkriegsträume amerikanischer Generäle in amerikanischen Magazinen

Urteilen Sie selbst, ob das keine Kriegshetze ist! Es wird eine Karte veröffentlicht, auf der von Westdeutschland aus drei Pfeile nach Berlin, Stettin und Warschau zeigen. Im Begleittext dazu steht, daß es sich hierbei um einen Plan handelt, der „von deutschen Generalen von ihrem Ruhestütz aus“ ausgearbeitet wurde. „Deutsche“ Generäle, die offenbar Hitlers Mißerfolg in seinem „Blitzkrieg“ noch nicht der Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens überzeuge, träumen davon, in drei Tagen bis Berlin, Stettin und Warschau vorzustoßen. Ein amerikanisches Magazin, „News Week“, übernimmt diese Pläne in seiner Nummer vom 10. April 1950. Wenn es sie auch mit dem Prädikat „zu optimistisch“ versieht, so ändert doch dies nichts daran, daß es durch die Veröffentlichung die Pläne der Halder und Guderian und ihre hinterhältigen Überraschungscoups wohlwollend unterstützt.

Noch etwas ist an diesem Artikel von

größtem Interesse. Es ist davon die Rede, daß die amerikanischen Kriegstreiber nicht nur auf die Regierungen der Atlantik-Pakt-Staaten zählen, sondern daß auch Spanien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei „zum Westen halten“. Die sonst so peinlich gehütete Maskierung Titos zu einer „dritten Kraft“ ist in dieser direkten Kriegsaufforderung fallen gelassen worden, und die Feststellung des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien, daß es nur zwei Lager gibt, das des Friedens und das des Krieges, zu dem auch Tito gehört, findet hierin seine Bestätigung.

Pfeile, die nach Berlin, Stettin und Warschau deuten, Flugzeuge, die sowjetischen Luftraum verletzen — das sind die Methoden der Vergiftung, die die Kriegstreiber zur Anwendung bringen. Ihnen die gebührende Antwort zu geben, — das ist die Aufgabe der Friedenskämpfer.

## Am 1. Mai

### heraus zur Demonstration!

#### Für die demokratischen Grundrechte — für Pressefreiheit!

Versammlungsfreiheit und Koalitionsrechte stellen die Grundrechte dar, auf denen sich der Kampf der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Lebenslage erst entfalten kann. Wenn die Vertreter der großen Konzerne das Pressemonopol besitzen, dann ist die Arbeiterklasse an der Aufklärung der Massen und an der Organisation ihres Kampfes um Lohn und Brot gehemmt. Wenn die Unternehmer allein bestimmen, dann kann die Arbeiterklasse stärker ausgebeutet werden. Deshalb müssen die Arbeiter, wenn sie mehr Lohn wollen, wenn sie für die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse kämpfen, gleichzeitig den Kampf auch um die demokratischen Grundrechte und um die Freiheit für ihre Presse führen.

Der Bruch der parlamentarischen Immunität durch die britische Besatzungsmacht gegenüber den deutschen Abgeordneten Lehmann und Landwehr, die Verhaftung des Chefredakteurs der Detmolder „Volks-Zeitung“, Ernst Nagel, sind Signale, die den deutschen Arbeitern große Gefahr anzeigen. Im Jahre 1933 haben die Hitlerfaschisten mit der Verfolgung der deutschen Kommunisten begonnen. Es dauerte aber damals nicht lange, bis auch sozialdemo-

kratische Arbeiter und Funktionäre Verfolgungen ausgesetzt waren und bis am 2. Mai die Gewerkschaften verboten und ihre aus Arbeitergroßchen mühsam zusammengesparten Geldmittel zugunsten der Kriegsvorbereitungen beschlagnahmt wurden. Erst nachdem die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen waren, war der Weg zur hemmunglosen Kriegsvorbereitung für das deutsche Monopolkapital freigelegt. Erst dann waren Millionen von deutschen Arbeitern zum Massentod verurteilt.

Um die Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhindern, ist es die Pflicht aller deutschen Arbeiter, die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte zu fordern. Je stärker die deutschen Arbeiter gegen den Immunitätsbruch gegenüber Lehmann und Landwehr und gegen die Verhaftung von Ernst Nagel protestieren, desto stärker ist damit zugleich der Beitrag, den sie für die Verbesserung ihrer eigenen Lebenslage leisten. Denn der Kampf für die demokratischen Grundrechte und die Pressefreiheit und der Kampf um die soziale Besserstellung sind zwei Seiten einer Sache, die nicht voneinander zu trennen sind. F.U.

## Fragen und Antworten

### Was ist das Wesen der Hennecke-Bewegung?

Der Genosse F. I. aus Essen schreibt in einem Brief an uns: „In Diskussionen mit den Kollegen im Betrieb taucht immer wieder die Frage der Hennecke-Bewegung und der Aktivisten auf. Da es dafür noch viele Unklarheiten gibt, bitten wir Euch, uns die Frage „Was ist das Wesen der Hennecke-Bewegung?“ zu erklären.“

Antwort: Wenn solche großen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik wie die Maxhütte, die Stahlwerke in Hennigsdorf und Riesa und andere noch in den Händen der deutschen Monopolherren wären, der Krupp und Thyssen, der Völgler und Siemens, dann würde es einmal keine Deutsche Demokratische Republik geben und zum anderen auch keine Hennecke-Bewegung. Aber die Maxhütte in Unterwelborn und die Stahlwerke in Riesa und Hennigsdorf sind heute volkseigene Betriebe, die nicht mehr einzelnen Monopolkapitalisten, sondern dem Volk gehören. Sie entstanden in der Zeit seit 1945 durch die Enteignung der Monopolkapitalisten und Kriegsverbrecher, durch den Willen der Werktätigen, dank des Sieges und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsarmee. Heute hat kein Aktionär, kein Couponabschneider mehr die Möglichkeit, in einer Villa in Nizza oder an der Ostsee ein sattes, luxuriöses aber müheloses Leben zu führen, nur weil er Besitzer eines Aktien-

bündels dieser Betriebe ist. Rund 8 Prozent der Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik, deren Produktion 55 Prozent der Gesamtproduktion ausmacht, gehören heute dem Volke und arbeiten für das Volk. Die Arbeiter in diesen Betrieben werden zum ersten Male in der deutschen Geschichte nicht mehr ausgebeutet. Die Direktoren sind zum großen Teil Arbeiter und die Arbeiter dieser Betriebe haben das Recht, auf alle Fragen der Produktion maßgeblich Einfluß zu nehmen.

Es war für die Arbeiter dieser Betriebe nicht leicht, die ganze Bedeutung dieser Veränderung zu verstehen. Sie wurden ihr ganzes Leben lang ausgebeutet und ihre Arbeit betrachteten sie als ein notwendiges Übel, notwendig, weil es sonst keine andere Lebensmöglichkeit für sie und ihre Familien gegeben hat. Als ein Übel betrachteten sie ihre Arbeit, weil sie ihre Kraft und ihre Gesundheit für den Profit der Monopolkapitalisten opfern mußten.

Aber die Arbeiter haben die Veränderung verstanden. Sie erkannten, daß dort wo die Betriebe dem Volke gehören, wo man für sich selbst arbeitet und nicht für Parasiten, die eigene Arbeit einen ganz anderen Sinn erhält. Die Arbeiter erkannten, daß mehr produzieren nicht mehr wie bei uns in Westdeutschland bedeutet, einen größeren Profit

für die Monopolkapitalisten zu schaffen, sondern daß es unter den Bedingungen des Bestehens volkseigener Betriebe heißt — besser zu leben.

Auf dieser Grundlage entstand die Hennecke-Bewegung, die große Bewegung der Aktivisten der Arbeit, die sich die Aufgabe stellen, die Produktion ständig zu steigern und die Qualität der Arbeit zu verbessern. Auf dieser Grundlage entstand der Wettbewerb zwischen einzelnen Arbeitern, der die Konkurrenz unter ihnen beseitigt, entstand der Wettbewerb innerhalb der Betriebsabteilungen, zwischen den verschiedenen Abteilungen der einzelnen Betriebe und schließlich der Wettbewerb zwischen ganzen Betrieben. Es wurde eine Ehre zu siegen — nicht für die Kapitalisten auf dem Schlachtfeld, sondern an der Maschine für sich, seine Kinder, sein Volk.

Stellt dieser Wettbewerb vielleicht größere körperliche Anforderungen an die Arbeiter? Geht er nicht auf Kosten der Gesundheit derjenigen, die an ihm beteiligt sind? Ist das nicht auch eine Form der Ausbeutung? Diese Fragen werden oft gestellt.

Nein, die Aktivistenbewegung ist keine besondere Form der Ausbeutung. Sie ist es nicht nur, weil die Betriebe dem Volk gehören, sondern auch weil niemand das Recht hat, sich Henneckeaktivist zu nennen, der auf Grund einer nur körperlichen Mehranstrengung oder sogar auf Kosten seiner Gesundheit größere Arbeitsleistungen erzielt. Nur der ist Henneckeaktivist, der eine höhere Leistung erzielt, weil er seine Arbeit besser organisiert, weil er mit der Maschine

sorgsamer und mit dem Material sparsamer umgeht, weil er mit gleicher und weniger körperlicher Anstrengung versucht, durch diese Sorgsamkeit und Sparsamkeit die Produktionskosten zu senken.

„Henneckeaktivisten, das sind Menschen, die lernen, die studieren, um sich unermüdet die höchsten technischen Kenntnisse anzueignen.“ (Walter Ulbricht)

Die Hennecke-Bewegung hat ihre große Bedeutung u. a. eben gerade darin, daß sie den Arbeiter entwickelt, ihn auf das Niveau eines Technikers hebt.

Als Hennecke vor noch nicht zwei Jahren seine große Leistung vollbrachte, wußte er noch nicht, welch großes Echo sie auslösen würde und welche große Bedeutung sie für die Zukunft des deutschen Volkes haben würde. Wenn in der Deutschen Demokratischen Republik in diesem Jahr der Zweijahresplan schon nach rund anderthalb Jahren erfüllt wird, wenn vor einigen Tagen eine weitere gewaltige Preissenkung von 30 bis 50 Prozent in den HO-Läden durchgeführt wurde, wenn dadurch die Kaufkraft der Werktätigen zum Unterschied von Westdeutschland in unserer Deutschen Demokratischen Republik ständig steigt, wenn die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik schuldenfrei ist und wenn schließlich den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die Sorge um den nächsten Tag genommen ist, vor ihnen ein lichter Weg in eine glückliche Zukunft liegt, so ist eine entscheidende Garantie und Voraussetzung dafür die Bewegung der Henneckeaktivisten.

# Arbeitereinheit ist unbesiegbar

Wir haben uns heute hier versammelt, um der tapferen Kämpfer zu gedenken, die im März 1920 die demokratischen Rechte und Freiheiten unseres Volkes gegen die faschistischen Kapp-Putschisten verteidigten und dabei ihr Leben opferten.

Hier bei Peikum wurden ebenso wie im ganzen Ruhrgebiet die aus Landsknechten und monarchistischen Offizieren zusammengesetzten Freikorps, die die Weimarer Republik stürzen und eine faschistische Militärdiktatur errichten wollten, von der geeinten Arbeiterklasse und den fortschrittlichen Kräften vernichtend geschlagen.

Wenn trotz der vernichtenden Niederlage, die die geeinte Arbeiterklasse den faschistischen Putschisten beibrachte, die demokratischen Kräfte keinen vollen Sieg davontrugen, sondern die Reaktion ihre Positionen in der Weimarer Republik weiter festigen konnte, so trägt hierfür die rechte sozialdemokratische Parteiführung der damaligen Zeit, mit Ebert, Noske, Severing, Otto Braun und



Max Reimann während seiner großen Rede am Grabe der Märzgetöteten

Wels an der Spitze die volle Verantwortung.

Die deutsche Arbeiterklasse kann das Vermächtnis der hier ruhenden Kämpfer nur erfüllen, wenn sie die Lehren aus der Entwicklung der Weimarer Republik zieht. Dieses ist um so notwendiger, da die Entwicklung nach 1945 in Westdeutschland große Ähnlichkeit mit der politischen Entwicklung in der Weimarer Republik aufweist.

Wie ist es zu den Kämpfen gekommen, die hier bei Peikum und im Ruhrgebiet überhaupt 1920 tobten?

Als 1918 der von den Großgrundbesitzern, den Kanonenkönigen an der Ruhr und den preußischen Militaristen mit dem damaligen Kaiser Wilhelm an der Spitze ausgelöste 1. Weltkrieg zusammenbrach, verlangten die Arbeiter, Bauern, Bürger und Soldaten die Bestrafung der Schuldigen an dem grauenhaften Elend, das der 1. Weltkrieg über das deutsche Volk gebracht hatte. Unter der Wucht der in der Revolution 1918 ausbrechenden Empörung des Volkes, flohen nicht nur die Hohenzollern und Ludendorff ins Ausland, sondern verkrochen sich das ganze reaktionäre Junkertum und Offiziersgeschmeiß der kaiserlichen Armee in ihre Schlupfwinkel. Mit einem Schlag war alles rechts der Sozialdemokratie verschwunden, wie selbst Stampfer, einer der rechten sozialdemokratischen Führer, sagt. Noch nie gab es in der Geschichte unseres Volkes eine so günstige Gelegenheit, um mit der Vergangenheit der Unterordnung unter die Interessen der ostelbischen Junker und der Kanonenkönige an der Ruhr und der preußischen Militaristen zu brechen und dafür einen Staat, in dem die Arbeiter und Bauern bestimmen, zu schaffen, einen Staat, der Frieden und Freundschaft mit allen Völkern garantierte.

Einen solchen Staat schaffen, das wollten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Wilhelm Pieck. Das wollte der damalige Spartakusbund, aus dem unsere heutige Kommunistische Partei hervorgegangen ist.

Dies aber wollten nicht die rechten sozialdemokratischen Führer, die den Boden des Klassenkampfes verlassen hatten und die, wie Noske selbst zugibt, die Revolution nicht gewollt haben. Um die Revolution, bevor sie die gesamte wirtschaftliche, politische und soziale Struktur Deutschlands umgestalten konnte, zu beenden, setzte Ebert, der Vor-

sitzende des Rates der Volksbeauftragten, sich bereits in der Nacht vom 9. zum 10. November 1918 mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung. Ebert erklärte selbst darüber:

„Ich schlug Hindenburg ein Bündnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Sozialdemokratischen Partei vor, um mit Hilfe der Obersten Heeresleitung eine Regierung zu bilden, die die Ordnung wiederherstellen konnte.“

Also, der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, der von den Arbeiter- und Soldatenräten mit den Regierungsgeschäften beauftragt worden war, schlug den für den Krieg verantwortlichen Generälen, die Zeit ihres Lebens Reaktionäre und Monarchisten blieben, ein Bündnis gegen das Volk vor. Damit wurde die Herrschaft der Militaristen, der Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen wieder errichtet, der Weg zu einem Staat, in dem die werktätigen Volksmassen bestimmen, verbaut und dafür ein Weg beschränkt, der zum Faschismus, zum zweiten Weltkrieg und damit in die heutige Katastrophe führte. Entsprechend dem von Ebert und Hindenburg geschlossenen Bündnis organisierte Gustav Noske aus monarchistischen Offizieren, Landsknechten und Abenteurern bestehende Freikorps, die zum Kampf gegen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und fortschrittlichen Bürger eingesetzt wurden. Ungestraft wurden klassenbewußte Arbeiter in Berlin, in München, im Ruhrgebiet erschossen, und Arbeiterführer, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bestialisch ermordet.

Die zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung der Arbeiter eingesetzten reaktionären Offiziersverbände und die Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen, deren Herrschaft wieder gefestigt worden war, glaubten im März 1920 der Zeitpunkt sei gekommen, an dem sie auch die Weimarer Republik beseitigen, ihre sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung davonjagen könnten, um an ihre Stelle eine faschistische Militärdiktatur zu errichten. Sie glaubten, daß ihr Schlag gegen die Weimarer Republik erfolgreich geführt werden könne, da durch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führung und durch den von dieser Führung unter der Losung „Die Sozialisierung marschieren“ betriebener Betrug die Arbeiterklasse gespalten und enttäuscht war.



Der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, der Führer der Ruhrpartei, Josef Ledwonn, und das Mitglied des Sekretariats des Landesvorstandes, Ernst Gerber, als Teilnehmer des Gedächtnismarsches

## Bezeichnende Rechtfertigungsversuche

Selbst Stampfer, der ebenso wie Gustav Noske, Otto Braun, Scheidemann und Severing ein Buch zu seiner Rechtfertigung und zur Rechtfertigung der Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer geschrieben hat, muß dieses zugeben, indem er schreibt:

„So kläglich der Kapp-Putsch zusammengebrochen war, so endete er doch für die Gegner der Republik mit einem starken Aktivum.“

Ich möchte entsprechend der geschichtlichen Wahrheit hinzufügen, durch die Schuld der rechten sozialdemokratischen Parteiführer.

Wenn auch der Kapp-Putsch nicht so endete, wie die einheitlich kämpfenden Arbeiter es wollten, so hat uns der große Abwehrkampf der geeinten Arbeiterklasse doch eine Lehre hinterlassen: Es gibt keine Macht in Deutschland oder in der Welt, die in der Lage ist, eine einheitlich kämpfende Arbeiterklasse zu besiegen. Alle Feinde des werktätigen Volkes werden geschlagen, wenn sich die arbeitenden Volksmassen zu einer großen, einheitlichen Kampffront zusammenschließen. Da auch die Reaktion dieses weiß, unternahm sie in der Vergangenheit alles und setzt sie auch heute alle ihre Anstrengungen daran, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und das Zustandekommen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu verhindern.

Die historische Schuld der rechten sozialdemokratischen Führer am Sieg des Faschismus 1933 in Deutschland liegt

darin begründet, daß sie durch ihre Politik die deutsche Arbeiterklasse gespalten haben und das Erstarren der Reaktion in Deutschland ermöglichten.

Die ganze politische Entwicklung in Deutschland von 1920 bis 1933 ist gekennzeichnet durch die immer stärker werdenden Angriffe der Reaktion gegen die demokratischen Rechte und sozialen Erwerbungen des werktätigen Volkes, der immer stärker werdenden nationalistischen Verhetzung und Kriegspropaganda einerseits und andererseits durch die Lähmung der Aktionskraft der deutschen Arbeiterbewegung infolge der von den rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebenen Politik der Spaltung der Arbeiterklasse.

1934 sah sich der sozialdemokratische Parteivorstand unter dem Druck der politischen Ereignisse gezwungen, in einem Manifest ihre historische Schuld für den Sieg des Faschismus in Deutschland zu bekennen. Es heißt dort:

„Daß sie (die SPD) 1918 den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwerste historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.“

In diesem Manifest, das der sozialdemokratische Parteivorstand unter der Leitung von Otto Wels und Hans Vogel 1934 in Prag herausgab, verspricht die sozialdemokratische Parteiführung die Lehren aus ihren Fehlern in der Vergangenheit zu ziehen und nunmehr eine Politik zur Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse zu entwickeln.

## Einheit wurde in der DDR verwirklicht

Unter dem Eindruck des von den Faschisten ausgeübten furchtbaren Terrors gegen kommunistische, sozialdemokratische und christliche Werktätige und der Schandtat, die von den Gestapo- und SS-Henkern in den Zuchthäusern und KZ's begangen wurden, erkannten die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre ebenso wie ihre kommunistischen Brüder, daß man gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen muß. Unter dem Druck dieser Erkenntnis schrieb der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem Manifest:

„In diesem Kampf wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben, sie wird die Bauern, die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute . . . sie wird die Intellektuellen . . . zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiter-

klasse aufrufen. Wir haben den Weg, wir haben das Ziel des Kampfes gezeigt. Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“

Dieses Dokument trägt u. a. die Unterschrift des jetzigen zweiten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer. 1945 wurde in einem Teile Deutschlands von den Sozialdemokraten, mit Otto Grotewohl an der Spitze, entsprechend diesem Manifest des sozialdemokratischen Parteivorstandes aus dem Jahre 1934 gehandelt. Die KPD und SPD vereinigten sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter der Führung von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Das Ergebnis dieser Vereinigung, das Ergebnis der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse ist die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik, in der das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht besitzt, in der die Arbeiter und das werktätige Volk den entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte ausüben, in der der Großgrundbesitz und die Monopolherren entmacht sind und in der die Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht in der Produktion besitzen. Das sichtbare Zeichen für den entscheidenden Einfluß der Arbeiterklasse und der Werktätigen überhaupt in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Tatsache, daß der alte Arbeiterführer Wilhelm Pieck, der Mitkämpfer Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg, ihr Präsident und Otto Grotewohl, der Ministerpräsident ist. Zwar ist heute noch die staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik auf einen Teil Deutschlands beschränkt.

Ich möchte jedoch ganz offen erklären, daß der Tag nicht fern sein wird, wo sich die staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik über ganz Deutschland erstreckt. Heute schon betrachten wir und die werktätige Bevölkerung Wilhelm Pieck als unser aller Präsident, als den Präsidenten einer einheitlichen unabhängigen deutschen demokratischen Republik.

## Eine historische Schuld der SPD-Führung

Am 12. März meuterte die Brigade Erhard und marschierte gegen die Reichshauptstadt, um die sozialdemokratische bürgerliche Regierung zu stürzen und die Militärdiktatur auszurufen. Im ganzen Reich schlossen sich die unter Leitung Noskes von monarchistischen Generälen und Offizieren gebildeten Freikorps den Putschisten an.

Unter der Führung des Generals von Seeck verweigerten die Reichwehrgeneräle der Regierung den Gehorsam und erklärten: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“. Berliner Polizeioffiziere begaben sich ins Lager der putschenden Truppen. Selbst der sozialdemokratische Führer Stampfer erklärte:

„Noch einmal zeigt sich die militärische Ohnmacht der Regierung. Die Truppen funktionieren nur einseitig gegen links. Gegen rechts waren sie unbrauchbar.“

Die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung sah keine andere Möglichkeit, als kampflös das Feld zu räumen und erst nach Dresden, und als ihr in Dresden der Boden zu heiß wurde, nach Stuttgart zu fliehen. Während die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder vor den meuternden Generälen die Flucht ergriffen, erhob sich in ganz Deutschland die eine Arbeiterklasse und das werktätige Volk, in einem alle umfassenden mächtigen Generalstreik. Er war eine der größten und eindrucksvollsten politischen Aktionen der deutschen Arbeiterklasse. Das gesamte wirtschaftliche Leben wurde von einer Stunde auf die andere völlig lahmgelegt. Stürmisch forderte die kämpfende Arbeiterklasse „Hinweg mit den Generälen, hinweg mit diesen monarchistischen Putschisten.“

Nachdem die in Wetter und in anderen Orten des Ruhrgebiets stationierten Freikorps sich offen für Kapp und Lütwitz erklärt hatten, wurden sie von den em-

pörten Arbeitern entwaffnet und aus dem Ruhrgebiet verjagt. Hier in diesem Gebiet wurden die letzten Vernichtungsschläge gegen die Freikorps Lichtschlag und von Epp durch die Arbeiterklasse geführt.

In einem Neunpunkte-Programm legten die Gewerkschaften, zusammen mit Vertretern der Arbeiterparteien, die Forderung des kämpfenden werktätigen Volkes nieder. Die wichtigsten Punkte dieses Programms besagten u. a.:

Entscheidender Einfluß der Arbeitnehmerverbände auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch beteiligten Truppen. Rücktritt Noskes. Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten. Sozialisierung des Bergbaues und der Kraftgewinnung. Vorlegung eines Enteisungsgesetzes gegen Großgrundbesitzer. Auflösung aller konterrevolutionären militärischen Formationen. Uebernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierte Arbeitnehmerschaft.

Durch den Kampf der geeinten Arbeiterklasse wurden die Kapp-Putschisten hinweggefegt. Nachdem die Regierung den Gewerkschaften und Arbeiterparteien gewisse Zusagen über die Durchführung des Neunpunkte-Programms gemacht und sich verpflichtet hatte, die kämpfenden Truppen aus Berlin zurückzuführen und die bewaffneten Arbeiter im Ruhrgebiet nicht anzugreifen, wurde der Generalstreik gegen den Willen unserer Partei, die bis zur restlosen Vernichtung der Konterrevolution und bis zur Erfüllung des Neunpunkte-Programms kämpfen wollte, abgebrochen.

Kampf die sozialdemokratische Regierung schützte und sie wieder ins Amt setzte.

Plündernd und mordend zogen die Freikorpsbanden ins Ruhrgebiet ein, verhängten das Standrecht, erschossen unzählige Arbeiter und selbst Arbeiterfrauen. Zu Tausenden wurden Arbeiter und Arbeiterfunktionäre durch Standgerichte wegen ihres Verteidigungskampfes für die demokratischen Rechte des deutschen Volkes gegen den Anschlag der faschistischen Kapp-Bande zu langen Zuchthausstrafen verurteilt.

Es ist unbestreitbar, daß der Putsch der Kapp-Rebellen durch den Kampf der geeinten Arbeiterklasse kläglich zusammenbrach. Wäre entsprechend den Forderungen der geeinten Arbeiterklasse die



Die Fahnen senken sich zur Totenehrung

Niederlage der Kapp-Rebellen zur Niederlage der gesamten Reaktion, die hinter Kapp stand, gemacht worden, dann hätte es keinen Hitler-Faschismus, keinen zweiten Weltkrieg und nicht dieses große nationale Unglück gegeben, in dem wir uns heute befinden.

Aber durch die Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer führte der Kapp-Putsch nicht zu einer Niederlage der deutschen Reaktion, sondern zu ihrer Stärkung.

stischen Brüder, daß man gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen muß. Unter dem Druck dieser Erkenntnis schrieb der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem Manifest:

„In diesem Kampf wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben, sie wird die Bauern, die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute . . . sie wird die Intellektuellen . . . zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiter-

## Die Folgen des Verrats

Am 23. und 24. März fand nun in Bielefeld eine Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien und Arbeiterwehren mit Regierungsvertretern statt, darunter Karl Severing und Otto Braun. Auf dieser Konferenz wurde das sogenannte Bielefelder Abkommen geschlossen, das im Wesentlichen dem Neunpunkte-Programm der Gewerkschaften, welches ich soeben erwähnte, entsprach. Die Arbeiter des Ruhrgebiets erhielten außerdem die Genehmigung, Ortswehren aufzustellen. Außerdem wurde ihnen von Severing und Otto Braun zugesagt, daß die Reichswehr nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren werde. Keinem der an den Kämpfen auf Seiten der Arbeiter teilgenommenen hatte, sollte daraus ein Nachteil erwachsen.

Ein Teil der Arbeiter, die den Versprechungen der sozialdemokratischen Regierung im Bielefelder Abkommen Glauben schenken, kehrten nach Hause zurück und lieferten ihre Waffen ab. Nun richtete plötzlich am 28. März die sozialdemokratische Regierung unter Bruch des Bielefelder Abkommens ein Ultimatum an die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes, sofort ihre Waffen und Munition abzuliefern. Nach Ablauf der Frist erteilte die sozialdemokratische Regierung demselben Rebellen-General Watter, der zusammen mit Lichtschlag und Ritter von Epp sich den Kapp-Putschisten angeschlossen hatte, um die sozialdemokratische Regierung zu stürzen, die Freiheit des Handelns gegen die Arbeiter, die Wochen vorher durch ihren heldenhaften

# Wer verhindert einen Friedensvertrag?

Die rechten sozialdemokratischen Führer handelten nicht entsprechend dem Manifest, das sie zum Teil selbst unterschrieben haben, sondern nahmen die verhängnisvolle Spaltungspolitik erneut auf. Durch diese ihre Haltung wurde 1945 und 1946 trotz des Willens vieler sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre und entgegen den Forderungen unserer Partei, die Einheit der Arbeiterklasse verhindert. Durch die Spaltung der Arbeiterklasse nahm die politische Entwicklung nach 1945 in Westdeutschland einen Verlauf, der in vielem der Entwicklung der Weimarer Republik nach 1918 ähnelt. Anstatt durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse die nach 1945 geschwächte deutsche Reaktion auch in Westdeutschland endgültig zu schlagen, ihr durch Bodenreform und durch die Enteignung der Großbetriebe die wirtschaftliche Macht zu nehmen, paktierten die sozialdemokratischen Führer, geblendet durch ihren Haß gegen die Sowjetunion und die Kommunisten, mit den Vertretern der deutschen Reaktion und den imperialistischen Besatzungsmächten. Nur durch diese Haltung der rechten Partei- und Gewerkschaftsführer konnte die Politik der Spaltung Deutschlands von den imperialistischen Besatzungsmächten und der verräter-

se Pläne der ausländischen Imperialisten weil sie glauben, auf diese Weise ihren eigenen imperialistischen Interessen dienen zu können. Obwohl die hier in Westdeutschland betriebene Kolonial- und Kriegspolitik aufs schwerste die Interessen des deutschen Volkes schädigt und die Vernichtung Deutschlands heraufbeschwört, ermöglichen die rechten sozialdemokratischen Führer die Durchführung dieser Pläne, weil sie den Boden des Klassenkampfes verlassen haben und sie sich in ihrem politischen Handeln nur durch den Haß gegen die Sowjetunion und die Kommunistischen Parteien leiten lassen.

Nur dadurch ist die Haltung Dr. Schumachers zu erklären, der als erster bei seiner Amerikareise 1947 die Verkündung eines Besatzungsstatutes forderte, obwohl dadurch die Spaltung Deutschlands Tatsache wurde, der Abschluß des Friedensvertrages verhindert und Westdeutschland einem Kolonialregime unterworfen wird. Als das Besatzungsstatut verkündet wurde, beantragte ich im Parlamentarischen Rat im Auftrage unserer Partei die Ablehnung desselben, da es die wirkliche Verfassung Westdeutschlands darstellen würde. Dies wurde von allen Parteien, darunter auch vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Carlo Schmid, bestritten. Heute, nachdem durch die ständigen Eingriffe der alliierten Hochkommission bewiesen ist, daß in Wirklichkeit die westdeutsche Regierung nicht in Bonn, sondern auf dem Petersberg sitzt und Dr. Adenauer die Befehle der ausländischen und deutschen Imperialisten vollstreckt, sieht sich selbst die sozialdemokratische Parteiführung gezwungen, durch den Mund Ollenhauers zu erklären, daß das Besatzungsstatut die wirkliche westdeutsche Verfassung sei. Dieses hier zum Ausdruck kommende Doppelspiel sieht man auch bei der Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer gegenüber der von den anglo-amerikanischen

und deutschen Imperialisten geplanten Remilitarisierung Westdeutschlands.

Bei der Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat beantragte die kommunistische Fraktion die Aufnahme eines Artikels, nach dem es Deutschen verboten ist, in einer fremden Armee Wehrdienst zu leisten. Dagegen trat Carlo Schmid, der damalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Parlamentarischen Rat auf und erklärte, man könne einen solchen Artikel nicht aufnehmen, da bei dem Zustandekommen einer europäischen Union, die eine europäische Streitmacht aufstellen wird, auch Deutsche in dieser Armee ihren Beitrag leisten müßten. Ich könnte noch viele andere Beispiele anführen um zu zeigen, wie die rechten sozialdemokratischen Parteiführer durch ihre Haltung der deutschen Reaktion und den ausländischen Imperialisten die Durchführung ihrer Kriegspolitik und ihrer die Massen belastende Wirtschaftspolitik ermöglicht.

Das deutsche Volk und insbesondere die Bevölkerung Westdeutschlands befindet sich heute in einer Situation, die entscheidend für die zukünftige Gestaltung seines Lebens ist. Die Gefahr eines neuen Krieges, in dem Westdeutschland Kriegsschauplatz sein würde, wächst. Die Rede Churchills im Unterhaus, die Forderung nach der Remilitarisierung Westdeutschlands, die auch von amerikanischen Politikern und Militärs immer wieder erhoben wird und die auch in den letzten Generalstabsbesprechungen einen nicht unwesentlichen Raum einnahm, beweisen, daß die westdeutsche Jugend den imperialistischen Räubern die Kastanien aus dem Feuer holen soll. Diese Forderung nach Remilitarisierung Westdeutschlands, die von den ausländischen Imperialisten erhoben wird, entspricht voll und ganz auch den Absichten der deutschen Schwerindustriellen und Militaristen, deren Sprachrohr Dr. Adenauer ist.



Auf einem mitgeführten Transparent gelobte die Jugend: „Wir führen euren Kampf für den Frieden weiter“

tätige Volk umspannenden gewaltigen Einheitsfront kämpften, waren sie siegreich. Sobald diese Front gespalten wurde, siegte die Reaktion.

Wir wollen hier das Gelöbnis ablegen, daß wir getreu dem Vermächtnis unserer toten Kameraden unsere ganze Kraft

einsetzen werden, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse als Kern der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands herzustellen und so unserem Volk in einer einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden deutschen demokratischen Republik einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen.



Die Spitze des Zuges auf dem Wege zur Gedenkstätte in Pelikum

ischen deutschen Reaktionäre erfolgreich durchgeführt werden. Nur dadurch war die Schaffung der reaktionären Adenauer-Regierung, die Regierung der Millionäre möglich, die heute die Vereinigung der deutschen und französischen Kanonenkönige unter dem Kommando der amerikanischen Imperialisten fordern.

Die anglo-amerikanischen Imperialisten sind interessiert daran, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verhindern, um dadurch einen Vorwand zur Ausdehnung der Besatzung auf unbestimmte Zeit zu haben, die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten zu können und so Westdeutschland zur Aufmarschbasis eines dritten Weltkrieges machen zu können. Auf diese Weise wollen die anglo-amerikanischen Imperialisten das Rüstungspotential und die Menschenreserven Westdeutschlands zur Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne nutzbar machen.

Die deutschen Großkapitalisten und ihre politischen Handlanger wie Dr. Adenauer, sie fördern und unterstützen die-

## Eine Lebensfrage unseres Volkes

Ich bin gewiß, daß die deutsche Jugend diesem Ruf zum Kriegsdienst nicht Folge leisten wird. Jetzt schon wehrt sich die Jugend gegen die Kriegshetze und gibt im steigenden Maße zu erkennen, daß sie nicht bereit ist, für die Interessen der imperialistischen Kriegshetzer ihr Leben zu opfern. Dieses findet sichtbaren Ausdruck in der wachsenden Begeisterung der Jugend für das Deutschlandtreffen zu Pfingsten in Berlin, bei dem die deutsche Jugend in machtvoller Manifestation sich für den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes entscheidet wird.

Der Kampf um den Frieden und um die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes ist zu einer Lebensfrage für unser Volk geworden. Diese Erkenntnis muß und wird zum Gemeingut eines jeden Deutschen werden. Wenn jeder einzelne Deutsche von dieser Erkenntnis durchdrungen ist und bereit ist, für den Frieden zu kämpfen, dann sind die Kriegspläne der Imperialisten auf unserem Boden zum Scheitern verurteilt. Wenn das ganze deutsche Volk sich in einer kämpfenden Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zusammenschließt, an deren Spitze eine geeinte Arbeiterklasse steht, dann gibt es keine Macht der Welt, die in der Lage wäre, die Herstellung der einheitlichen, friedliebenden deutschen demokratischen Republik zu verhindern in der wir frei und unabhängig sind. Wenn wir bereit sind, für den Frieden zu kämpfen, dann können wir gewiß sein, daß wir in diesem Kampf nicht allein stehen. Mehr als

800 Millionen Menschen unter der Führung der sozialistischen Sowjetunion haben sich in der Welt zu einem mächtigen Friedensblock gegen die Handvoll imperialistischer Kriegshetzer zusammenschlossen. Das Glück und der Wohlstand unseres Volkes, besonders unserer Jugend wird gesichert sein, wenn wir uns dieser gewaltigen Friedensfront anschließen, wenn auch wir mit aller Entschlossenheit ebenso wie die französischen und italienischen Werktätigen für die Verteidigung des Friedens kämpfen. Das Weltfriedenskomitee hat auf seiner letzten Tagung in Stockholm zu einer großen internationalen Unterschriftensammlung für den Frieden aufgefordert. Am heutigen Tage soll nach dem Plan des westdeutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden die Unterschriftensammlung in Westdeutschland beginnen. Tragen wir alle dazu bei, daß diese Unterschriftensammlung zu einem millionenfachen Bekenntnis auch der westdeutschen Bevölkerung für den Frieden, gegen die Pläne der Kriegshetzer wird.

Unsere toten Kameraden, zu deren Gedanken wir uns hier zusammengefunden haben, opfereten ihr Leben, weil sie nicht wollten, daß Deutschland noch einmal von großwahnsinnigen Militaristen und profitgierigen Kanonenkönigen und Großgrundbesitzern in einen Weltkrieg gestürzt wird. Sie opfereten ihr Leben, weil sie ein Deutschland wollten, in dem die Werktätigen Massen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen können. Ihr Kampf sei uns Lehre und Verpflichtung. Solange sie in einer das ganze werk-

## Der Weg in eine glückliche Zukunft

Unser Volk wünscht den Frieden. Nehmen wir an dieser Stätte die Verpflichtung auf uns, unermüdet an der Errichtung der einheitlich kämpfenden, allumfassenden Friedensfront in unserem Volk zu arbeiten. Sorgen wir dafür, daß die Adenauer und Mantuffel, die heute das Werk der deutschen und ausländischen Imperialisten in Westdeutschland verrichten, durch das einheitlich kämpfende werktätige Volk gestürzt werden und so der Weg für die Errichtung eines einheitlichen, friedliebenden Deutschlands, in dem die Werktätigen bestimmen, gebahnt wird. Diese deutsche demokratische Republik wird die Erfüllung der Wünsche sein, für die unsere toten Kameraden gekämpft, gelitten und ihr Leben geopfert haben. Wir erfüllen das Vermächtnis unserer Toten, indem wir unserem Volk und unserer Jugend den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft öffnen. Dieser Weg heißt: einheitlicher Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit in einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik.

Wir verlangen den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung und den Abzug aller Besatzungstruppen. Die Besatzungstruppen sollen zu ihren Angehörigen in ihre Heimat zurück und dort einer friedlichen Arbeit nachgehen. Keiner wird es uns verübeln, wenn wir es als eine Unerhörtheit bezeichnen, daß Deutsche von amerikanischen Besatzungsangehörigen in Süddeutschland überfallen und niedergeschlagen werden, wenn sich einige amerikanische Besatzungssoldaten oft wie Gangster in Deutschland benehmen.

Ist es nicht geradezu empörend, wenn britische Soldaten einen deutschen Polizeibeamten in Mülheim a. d. Ruhr niederschleichen und daß dieser erschossene deutsche Polizist auf Befehl der britischen Militärbehörden heimlich eingescharrt

wird, um, wie sie sagten, einer mächtigen Trauerkundgebung der empöerten Mülheimer Bevölkerung zuvor zu kommen.

Ich frage die Herren Kommissare, ich frage den Herrn Außenminister Bevin: Mit welchem Recht benehmen sich Ihre Besatzungssoldaten oft wie Vandalen in unserer Heimat? Auch darum: Abzug der Besatzungstruppen! Wir wollen unter uns und mit allen Menschen der Erde in Frieden leben.



Mitglieder der FDJ halten mit ihren Wimpeln die Ehrenwache vor der Blutmauer, an der die Freiheitskämpfer ermordet wurden. Fotos: Lerche

# Die Märztage vor 30 Jahren

Einige fundamentale Lehren für die Deutschen von heute / Von Albert Norden

Vor 30 Jahren erschütterte ein militärischer Staatsstreich der deutschen Reaktion die Weimarer Republik. Eine Reihe von Offizieren der Reichswehr (und der ihr angeschlossenen Freikorps), die durch den Versailler Vertrag bis zum 10. April 200.000 und dann auf 100.000 Mann abgebaut werden sollte, beabsichtigten, dem drohenden Existenzverlust vorzuzukommen. In der Nacht vom 12. zum 13. März setzten sie sich gegen Berlin in Marsch. Die Regierung floh nach Dresden und angesichts der unsicheren Haltung der dortigen Reichswehr weiter nach Stuttgart.

„Alles schien verloren — da nahm die Arbeiterschaft das Heft in die Hand. Nicht aus Liebe zu den Noskes, aber in grenzenlosem Haß gegen die Putschisten Lüttwitz, Ludendorff, Ehrhardt und ihr Aushängeschild, den ostpreussischen Junkerkomplizen Kapp, traten alle Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Generalstreik. Eine Isolierschicht umgab die Putschisten. In verzweifelten Provokationen suchten sie sich Luft zu machen und durch Terror des Generalstreiks Herr zu werden.“

### Das Herz des Abwehrkampfes

Im Ruhrgebiet, wo sich die faschistischen Freikorps mit fliegenden schwarz-weiß-roten Fahnen und Hakenkreuz am Stahlhelm den Kapp-Lüttwitz angeschlossen hatten, brachen am 14. und 15. März die ersten Kämpfe aus. Den Freikorps und Reichswehrtruppen unter General von Watter traten bewaffnete Arbeitermassen entgegen. In einer Reihe blutiger Gefechte errangen die proletarischen Wehren den Sieg. Sie eilten von Erfolg zu Erfolg, und

im Laufe weniger Tage war ein Heer von über 100.000 Arbeitern vereinigt, das die entscheidenden Teile des Ruhrgebiets, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen eroberte und die sofortige Sozialisierung proklamierte. Der in Berlin völlig isolierte Kapp bequeme sich angesichts der Entwicklung der Dinge am 17. März zum Rücktritt, den er mit einem Aufruf zum „einheitlichen Kampf gegen den Bolschewismus“ vollzog.

Bei der aus Stuttgart zurückgekehrten Weimarer Regierung stieß Kapps Appell nicht auf taube Ohren. Zwar schlug die Erregung über die ungezählten Todesopfer, die der freche Handstreich der Reaktion gefordert hatte, auch der sozialdemokratischen Mitteleliteschaft und in den Gewerkschaften solche Wellen, daß die Regierung die Forderungen der Gewerkschaften und Arbeiterparteien annehmen mußten.

Aber alles das war nicht ernst gemeint, sondern diente nur dazu, Zeit zur Sammlung neuer Truppen zu gewinnen. Neuer Truppen? Es waren die alten. Dieselben Kappisten, vor denen die Ebert-Regierung geflüchtet war, wurden jetzt von ihr wieder aufgerufen. Sie brauchten nur die Hakenkreuze, die sie auf ihre Helme geschnitten hatten, wieder abzuwaschen. Statt unter Kapp marschierten sie nun unter dem Sozialdemokraten Severing gegen die rote Armee der Ruhr, die beträchtlich geschwächt war, weil auf die Versprechungen der Regierung hin viele Arbeiter, besonders die Sozialdemokraten, die Waffen niedergelegt hatten. Wie oft begegnet man in der deutschen Ge-

schichte seit dem Bauernkrieg diesen Vorgang, daß siegreiche Revolutionäre im Vertrauen auf unterschriftliche Zusicherungen des Gegners sich ihrer Machtmittel begeben.

### Der Verrat der SPD

Was nun begann — „ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen“. Selbst Severing schätzte die Zahl der ermordeten Arbeiter und Arbeiterinnen — besonders gegen die letzteren wurden die vielschichten Verbrechen begangen — auf über 1000. Die Freikorpskommandeure Severings, später übrigens fast alle Hitlers SA- und Wehrmachtgenerale, wuschen die Schande der Niederlage, die sie von den proletarischen Händen erfahren hatten, feige im Blut der Gefangenen ab.

Nachdem einmal die Arbeiterarmee an der Ruhr auseinandergesprengt worden war, brach die Regierung Punkt um Punkt ihrer Versprechen. Nicht einmal die Führer des Putsches wurden bestraft.

Die Märztage von 1920 vermitteln einige fundamentale Lehren für heute, die außer acht zu lassen politischem Selbstmord gleichkäme.

### Die antifaschistische Einheit ist unbesiegbar

Erstens zeigt der Kapp-Putsch, daß die sozialdemokratische Koalitionspolitik die Reaktion tollkühn macht. Mit der Aufrechterhaltung der alten sozialen Verhältnisse im November 1918, mit dem strafflosen Mord an Liebknecht und Luxemburg war der erste Schritt zum Kapp-Putsch getan. Weil die deutsche Revolution, die Kaiser und Könige stürz-

te, Wurzeln und Gestrüpp des Imperialismus nicht antastete, konnte sich das reaktionäre Unkraut ausbreiten und die deutsche Erde verderben. Die immer gegen links gerichtete Bündnispolitik der Sozialdemokratie macht aus der Arbeiterschaft das Anhängsel der Bourgeoisie, während die sozialistische Bündnispolitik die gesammelte Arbeiterschaft in den Hegemon, in die bestimmende Kraft eines demokratischen Blocks verwandelt.

Zweitens bewies der Kapp-Putsch mit seinem siegreichen Widerstand gegen die extreme Reaktion, wiewohl unüberwindliche Stärke der antifaschistischen Einheit innewohnt. In dieser Hinsicht war die Schlacht gegen die Staatsstreicher ein Lichtblick der deutschen Geschichte. Wäre mit derselben Einmütigkeit über Kapps Sturz hinaus der Kampf fortgesetzt worden, dann hätte er nicht nur möglicherweise, sondern sicher siegreich geendet; denn man vergesse nicht, daß damals die Armee, das entscheidende Machtinstrument der Reaktion, durch innere Auseinandersetzungen geschwächt, das Proletariat dagegen durch seine Erfolge, besonders die an Rhein und Ruhr, kraftgeschwächt war.

Wir erinnern uns geschichtlicher Vorgänge nicht um ihrer selbst willen. Der Kapp-Putsch hatte bewiesen, daß nur das Proletariat, über die großkapitalistische Republik hinausgehend, das Fleisch und Blut gewordene Gespenst der faschistischen Militärdiktatur bannen kann. Knapp drei Jahre zuvor bot die Geschichte den Deutschen ein Lehrspiel für richtiges Verhalten in solchen Fällen. Als zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution in Rußland der Zarengeneral Kornilow gegen

Petrograd marschierte, um die alte Ordnung wieder aufzurichten, da übernahmen die Bolschewiki die Führung in der Abwehr und Bestegung Kornilows und verwandelten diesen Sieg in eine Etappe auf dem Weg zu ihrem endgültigen Triumph. In Deutschland aber blieb der gesellschaftliche Boden erhalten, aus dem die deutschen Kornilows, die Lüttwitz und schließlich die Hitler erwachsen. Da die sozialdemokratische Koalitionsregierung nach dem Sieg über Kapp einfach da fortsetzte, wo sie am 13. März morgens aufgehört hatte, da die Niederlage der Putschisten nicht zur Errichtung einer wahrhaft demokratischen Republik ausgenutzt wurde, kam es schließlich zum Sieg des äußersten Flügels der Reaktion.

### Nie wieder Kapp!

Sehen wir heute nicht eine bestürzende Ähnlichkeit in der westdeutschen Entwicklung? Wächst nicht dort im Halbdunkel der Adenauerschen Büros eine profaschistische Truppe unter Nazigeneralen? Gleicht nicht die Bonner ministerielle Bürokratie den von Kapp geforderten Fachministern? Gehen die Schumachers mit ihrem Hauptkampf gegen links nicht den Weg des Bankrotteurs Severing, der sich übrigens begeistert zu Schumachers Politik bekennt? Und führen alle diese Faktoren nicht logischerweise zur Stärkung eines autoritären Kurses à la Brüning und Papen?

Die Lehre aus den Ereignissen vor dreißig Jahren ziehend, wird die Deutsche Demokratische Republik, in der die politische geeinte Arbeiterschaft die Schlüsselstellung einnimmt, mit ihrer demokratischen Umgestaltung der industriellen und agrarischen Besitzverhältnisse niemals die reaktionären faschistischen militäristischen Abenteuer und Abenteuer kennen lernen. Bei uns haben Kappisten nichts zu lachen — und ihre Wegbereiter auch nicht.

# Unternehmer gegen gesetzliche Urlaubsregelung

Denkschrift fordert Spaltung des 24-tägigen Urlaubs

Freiburg. Wieder einmal haben die Handwerkskammer und der Badische Einzelhandelsverband ihren Kopf in den Rachen der profitgierigen Unternehmer- und Großhändlerkamarilla gesteckt und sich dazu mißbrauchen lassen, für die Forderungen der Unternehmer ihre Unterschrift herzugeben. Mit Denkschrift der „Arbeitsgemeinschaft der Badischen Industrie“ gegen eine gesetzliche Regelung des Urlaubs polemisiert. Wiedergewinn wird versucht, an Hand von „Statistiken“ zu beweisen, daß die gesetzliche Urlaubs- und Feiertagsregelung der Badischen Wirtschaft schwere Schäden verursache.

Handwerker und Einzelhändler aber sollten endlich begriffen haben, daß ihre zweifelloso erheblichen Schwierigkeiten gerade von den westdeutschen Unternehmern und Großhändlern aktiv unterstützten „freien Marktwirtschaft“, der von der deutschen Großbourgeoisie gestützten Marshallplanpolitik des amerikanischen Imperialismus, der

Behinderung des westdeutschen Außenhandels und der verstärkten Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft durch ausländisches Kapital zuzuschreiben sind. Handwerker, Einzelhändler und breite Kreise der bürgerlichen Mittelschicht werden deshalb ihre Sorgen nicht loswerden, indem sie sich gegen die Arbeiter, Angestellten und gegen die Lehrlinge richten, sondern indem sie mit der Arbeiterklasse den Kampf gegen die Spaltung Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen kämpfen und damit einer kleinen Unternehmerrunde den Boden ihrer den Interessen des ausländischen Kapitals dienenden Politik entziehen.

**Der Mindesturlaub muß gesetzlich verankert sein!**

Es gibt darüber gar keinen Zweifel, daß gerade angesichts des Drucks der Unternehmer die Arbeiterschaft auf einer gesetzlichen Regelung des Mindesturlaubs bestehen muß. Wenn in der Denkschrift davon gesprochen

wird, daß die Unternehmenseite nur dann eine gesetzliche Regelung zulassen würde, wenn die Verhandlungsparteien versagen, so ist dieser Tatbestand durch die dauernde Obstruktion der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen z. B. in der südbadischen Textilindustrie längst gegeben. Wenn weiterhin davon gesprochen wird, der 24-tägige Urlaub für Jugendliche entspräche nicht den Belangen der Jugend selbst, so gibt ein Artikel, den wir an anderer Stelle veröffentlichten, darauf die richtige Antwort.

Schließlich muß noch auf die Drohungen der Unternehmer eingegangen werden, die sie in dieser Denkschrift aussprechen. Einmal erklären sie, daß die Frage der gesetzlichen Urlaubsregelung unter das Bundesrecht falle und wir wissen, daß sie den Staatsgerichtshof anrufen wollen, wenn der Badische Landtag in seiner augenblicklichen Sitzung das Mindesturlaubsgesetz verlängert. Zum zweiten drohen sie damit, daß sie sich weigern würden, Lehrlinge einzustellen,

wenn man ihre Forderung auf Streichung des 24-tägigen Jugendurlaubs nicht nachkomme.

Dies alles unterstreicht nochmals unsere immer wieder erhobene Forderung, daß sich die Werkstätigen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht mit allen Kräften gegen jede Beschneidung der gesetzlich verankerten Urlaubsrechte wenden müssen und gerade in der Frage der Lehrstellen eine weitgehende gesetzliche Regelung getroffen werden muß, die durch Schaffung von Lehrwerkstätten und Ausschöpfung aller Möglichkeiten den in Kürze aus der Schule kommenden Jugendlichen eine anständige Ausbildung garantiert. Das aber erfordert, wie wir am Anfang bereits ausführten, einen entschlossenen Kampf aller Werkstätigen einschließlich der Handwerker und weitesten Kreisen des Mittelstandes gegen die Kolonialherrschaft gegen die drückenden Steuerlasten, gegen die Besatzungskosten und damit für ein einiges und unabhängiges Deutschland, durch das nicht nur den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben, den Lehrlingen und der Jugend auf dem Lande, sondern der gesamten Bevölkerung, die unter dem Druck der westdeutschen Großbourgeoisie und der ausländischen Hintermänner leidet, eine friedliche Zukunft und eine sichere Existenz gewährleistet ist.



Besser denn je!

Schuhpflegemittel kamen und gingen



ist geblieben. Wo immer Sie eine erfahrene Hausfrau fragen, sie wird es Ihnen bestätigen: „Lodix kenne ich seit langem, Lodix ist gut!“ Und mit Stolz können wir hinzufügen: Lodix ist besser denn je!



Lodix gibt den Schuhen Glanz und Farbe. Mehr noch, Lodix dringt tief in die Poren ein, pflegt und schützt das Leder, erhält es weich und geschmeidig. Lodix ist ein wahres Lebenselixier für alle Lederschuhe.



die vollkommene Schuhpflege



AUS DEN SIDOL-WERKEN KÖLN

## Belegschaft fordert 1. Mai-Demonstration!

Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag für den Frieden

Freiburg. Die organisierte Belegschaft der Firma Süddeutsche Isolatorenwerke GmbH, Freiburg, betrachtet die Durchführung eines Demonstrationstages am 1. Mai mit Publikation der heutigen gewerkschaftlichen Forderungen als unbedingt notwendig. Um gewerkschaftliche Ziele zu erreichen, bedarf es der Anwendung gewerkschaftlicher Mittel. Gewerkschaftliche Ziele sind: Frieden, Völkerverständigung, Vollbeschäftigung, Reform der Sozialversicherung, ausreichende Löhne und Gehälter, Wohnungen für alle Werkstätigen, anstatt Remilitarisierung und Kriegshetze, heißt es in einer Entschließung, die die Betriebsversammlung der Firma Isolatorenwerke am 13. April 1950 angenommen hat. „Der Verzicht öffentlich für diese Forderungen einzutreten, hieße vor unseren Gegnern kapitulieren“, heißt es weiter darin. „Wenn die Gewerkschaften für ihre Forderungen nicht mehr in der alten bewährten Art öffentlich demonstrieren wollen oder es nicht wagen, so ist es ihnen mit dem Kampf um unsere Forderungen nicht ernst. Es liegt an den Gewerkschaftsmitgliedern, sich die

Führung zu wählen, die bereit ist, mit aller Konsequenz für die Forderungen der Schaffenden einzutreten.“

In einer weiteren Entschließung fordert die Belegschaft der Firma Süddeutsche Isolatorenwerke vom Bundesvorstand konkrete und brauchbare Vorschläge an die Bundesregierung zur schnellsten Behebung der Arbeitslosigkeit, da nur Vollbeschäftigung eine aktive Lohnpolitik ermöglicht.

Die Entschließung der Belegschaft der Süddeutschen Isolatorenwerke zeigt, daß auch bei uns in Südbaden die Betriebsarbeiter erkennen, daß die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Krieges noch nie so groß wie gegenwärtig war und daß nur durch einen Kampf für den Frieden die Kriegshetze in Schach gehalten werden können.

Für uns in Deutschland und besonders für uns in Westdeutschland hat die Losung: „Es lebe der 1. Mai — der internationale Kampftag für den Frieden!“ eine größere Bedeutung denn je zuvor. Der Kampf für den Frieden ist ein Stück des nationalen und Befreiungskampfes, den unser Volk führen muß

in der nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Ein Schritt zur Massenmobilisierung zum Kampf gegen die Kriegstreiber am Rhein und an der Seine, an der Themse und am Hudson ist die Unterschriftensammlung für den Frieden.

Durch ein Massenaufgebot an Friedenskämpfern, die mit der Unterschrift ihrer Namen zum Kampf gegen die Kriegstreiber sich bekennen, wird ein großer Beitrag dazu geleistet werden, daß nicht neue Trümmer zu denen sich fügen, die heute unsere Städte noch bedecken, sondern daß aus den Ruinen unser Volk wirklich aufstehe.

## Folgen der kolonialen Versklavung

Absatzmangel und Angstverkäufe kennzeichnen die Wirtschaftskrise Südbadens

Freiburg. Aus dem Lagebericht der südbadischen Handelskammern für den Monat März 1950 geht hervor, daß die südbadische Industrie als unmittelbare Folge der politischen und wirtschaftlichen Versklavung durch die Westmächte immer mehr in die Wirtschaftskrise hineintreibt. Immer deutlicher wird jetzt auch in Südbaden, daß die Fesselung unseres Exportgeschäftes durch das Kolonialstatut, die verhängnisvolle Behinderung des Ost-West-Handels und die Zerreißung Deutschlands, unsere Industrie einer wirtschaftlichen Katastrophe entgegentreibt, die nur durch den konsequenten einheitlichen Kampf der westdeutschen Bevölkerung für ein friedliches, von den Besatzungsmächten geräumtes demokratisches Deutschland aufgehoben werden kann.

Wenn es in dem Lagebericht der Handelskammern heißt, daß die südbadische Bauindustrie, auf die man alle Hoffnung setzte, die erwartete Belohnung bei weitem nicht erfahren hat, so ist daraus ersichtlich, daß das großspitzig angekündigte „soziale Wohnungsbauprogramm“ der Adenauer-Regierung, mit dem man die 2 Millionen Arbeitslosen beruhigen und ködern wollte, nur ein leeres Propaganda-Geschwätz ist. Es ist weiter daraus zu entnehmen, daß diese soziale Bonner Clique nicht im geringsten daran denkt, der westdeutschen Bevölkerung, die zum Teil in menschenunwürdigen Ställen hausen muß, zu einer anständigen Wohnung zu verhelfen.

Auch die Sägeindustrie, die in Südbaden einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt, hat, wie aus dem Handelskammerbericht hervorgeht, eine vollkommen ungenügende Beschäftigungslage. Verschiedentlich waren die Unternehmer dieses Industriezweiges schon gezwungen, „um jeden Preis“ zu verkaufen, da die Lagerbestände immer mehr ansteigen.

Die Absatzlage in der Uhrenindustrie wird durch die Exportbehinderung ebenfalls immer schwieriger. Die Lederindustrie, die vor dem Kriege beachtliche Exportaufträge hatte, nähert sich gleichfalls einer Absatzkrise.

Auch in der Textilindustrie, die bis jetzt relativ noch einigermaßen beschäftigt war, macht sich die westdeutsche Wirtschaftskrise bemerkbar. Die südbadischen Leinenwebereien melden zum Teil sehr schlechten Absatz und die Zurückstellung oder Streichung der vorliegenden Aufträge.

Konstanzer Polizeibericht

Konstanz. Wegen erschwerter Diebstahls und Betrugs wurden je 1 Person festgenommen und 8 weitere angezeigt. Drei erschwerter und 2 einfache Diebstähle sind noch nicht aufgeklärt. Die Täter entwendeten zum Teil Sachen im Wert von nahezu 3000 DM.

Wegen schwerer Kuppelerei mußte eine Person in Haft genommen werden und je eine weitere wegen Nichtbesitz von Ausweispapieren und Entweichens aus einem Erziehungsheim. Wegen unlautelem Wettbewerb und Unterschlagung erfolgte je eine Anzeige. Von 6 ausgeschriebenen Personen wurden 3 festgenommen, und von 3 der Aufnahmehaltung gemeldet. 6 der Geschlechtskrankheit verdächtige Personen wurden der fachärztlichen Behandlung zugeführt.

Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden

Bühl. Im Hinblick auf die bevorstehende trockene Jahreszeit erscheint es dringend erforderlich, die Bevölkerung auf die erhöhte Waldbrandgefahr aufmerksam zu machen.

Es ist verboten: 1. In der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober im Wald oder in unmittelbarer Nähe des Waldes zu rauchen oder offenes Licht oder Feuer mit sich zu führen; 2. im Wald oder in unmittelbarer Nähe eines Waldes ohne Erlaubnis des zuständigen Forstamtes Zelte oder Lagerstätten zu errichten und 3. im Wald, auf Moor- und Heideflächen oder in einer Entfernung von weniger als 100 m davon ohne schriftliche Erlaubnis des Grundstückseigentümers Feuer zu machen.

## KPD gegen Steuererhöhungen

Unsachliche Angriffe im „Volk“

Lörrach. Im Bericht über die Stadtratssitzung vom 31. 3. 1950 gibt das „Volk“ in seiner Ausgabe von Dienstag, 4. 4. 50, mit einer völlig bewußten Entstellung der tatsächlichen Vorgänge eine Darstellung, die nicht un widersprochen bleiben kann.

Die darin enthaltenen Angriffe richteten sich in heuchlerischer Empörung wieder einmal gegen die zwei kommunistischen Stadträte. Und zwar aus dem einzigen Grund, weil die beiden Kommunisten im Stadtrat ganz konsequent sich gegen die durch die Besatzungskosten (die 50 Proz. der Steuereinnahmen des Bundes verschlingen) indirekte diktierte Finanzpolitik der Städte und Gemeinden, also auch die Stadt Lörrach betühren, wenden.

Aus grundsätzlichen Erwägungen mußte deshalb der Haushaltsplan als ganzes abgelehnt werden, insbesondere konnte die KPD ihre Zustimmung zu einer Belastung der im letzten Jahr gegen die Stimmen der KPD-Stadträte vorgenommenen Gebühren und Grundsteuer-Erhöhung nicht geben.

Wenn das „Volk“ den KPD-Stadträten in halber Weise unterschreibt, daß sie mit ihrer Politik im Stadtrat sich schützend vor die Interessen der Lörracher Unternehmer stellt, dann ist dies eine bewußte Verdummung der Leserschaft des „Volkes“ und im besonderen der Arbeiterschaft in Lörrach.

Wenn die SP-Stadterwaltung erklärt, daß durch die Grundsteuer-Erhöhung eine Mietpreiserhöhung nicht folgen werde, so müssen wir auf den eigenen Widerspruch hinweisen und zitieren nachstehend einen Bericht des „Volk“, Ausgabe vom 7. 4. 50

mit der Ueberschrift: „Gegen Abwälzung auf den Mieter.“

„Die bürgerliche Mehrheit im Wirtschaftsrat hatte noch kurz vor Toresschluß eine Entscheidung getroffen, die in vielen Ländern und Gemeinden am 1. April zu Mietererhöhungen führen wird. Nach der damaligen Entscheidung des Wirtschaftsrates bzw. der Anordnung der Verwaltung für Wirtschaft können Grundsteuer und Gebührenmehrbelastungen auf die Mieter abgewälzt werden. Das wird eine gewisse Belastung, die für die Kleinkommen sehr schwer tragbar ist, bedeuten. Die Bundestagsfraktion der SPD hat daher in Bonn den Antrag eingebracht, die Anordnung wieder aufzuheben.“

Wenn daher die Bundestagsfraktion der SP den Antrag stellt, diese Anordnung wieder aufzuheben, so stellt dies eine ganz billige Agitation dar, denn diese Antragsteller wissen doch ganz genau, daß in Bonn die bürgerlich-kapitalistische Mehrheit diesen Antrag unter den Tisch fegen wird, während jedoch in den Gemeindeverwaltungen mit klaren SP-Mehrheitsverhältnissen diese in Bonn von der SP bekämpfte Adenauer-Politik örtlich konkretisiert und durchgeführt wird.

Mietpreiserhöhungen haben auch in Lörrach und näherer Umgebung schon stattgefunden, wofür wir dem Artikelschreiber des „Volkes“ die Unterlagen jederzeit zur Verfügung stellen können. Was hat in dieser Beziehung die SP-Stadterwaltung und insbesondere der „Schreiber des Volkes“ dagegen schon getan? St.

rückte ebenfalls an das Tischchen heran. „Wieviele Menschen ich ernähre!“ rief Alliet.

„Viele“, bestätigte Korauge mit heiserer Stimme. Er rieb sich die Augen mit dem Rentierfell und bat um Tee. „Du hilfst zu großzügig, Alliet. Die Vorräte müssen gehütet werden. An der Küste ist das Fleisch knapp. Durch deine Vorräte hast du große Macht.“

Plötzlich kam ein Windstoß, und Alliets Zeit schwankte. Alle horchten auf. Im Winkel hing ein in Felle gehüllter Säugling an zu weinen.

„Das ist ein sehr starker, großer Sturm. Man muß die Geister bitten, daß sie ihn beruhigen.“ Der Schamane sah auf das Tamburin. „Die Leute sollen zur Jagd gehen. Sie sind gierig aus Müßiggang. Sie werden deine Vorräte aufessen.“

Narginaut kam herein. „Gib ihnen immer nur wenig!“ ordnete Alliet an. „Laß sie öfters bitten! So denke ich. So hat mir auch Charlie gesagt. Und für Waamtscho kein Stückchen mehr! Er soll Vernunft annehmen. Wenn er jetzt den Hund auch geben wollte, ich würde ihn nicht nehmen. Ein unverständer Mensch. Wozu braucht er einen guten Hund? Der quält sich ja nur unter seinen lumpigen Kötern ab.“

„Du hast dreiuindervierzig Hunde, Alliet. Wozu brauchst du Waamtschos Hund? Er hat nur ganz wenige“, sagte Narginaut und erschrak.

„Was hören meine Ohren?“ zischte der Schamane. „Bist du ein Hundtreiber geworden, daß du so sprichst? Oder hat deine Zunge gelernt, von Männerangelegenheiten zu schwätzen?“

„Die Hunde brauchen viel Futter“, sagte Narginaut leise.

„Das Futter ist nicht deine Sorge. Das Fleisch fällt ja doch ab. Oder ist es dir zu viel geworden, meine Hunde zu füttern? Was?“ fragte Alliet mit gefletschten Zähnen. „Jede Frau sieht mit Neid die Fülle deiner Arbeit. Sage, Vater, wenn dein Verstand zustimmt, ob meine Rede richtig ist oder nicht?“

„Du bist Koragues Sohn. Deine Rede ist immer richtig.“

Befriedigt über das Lob lächelte Alliet. Er strich mit den Fingern über die Muskeln seiner Arme und fragte plötzlich: „Warum sollte ich nicht noch eine Frau nehmen?“

„Eine zweite Frau kann nur der nicht nehmen, der sie nicht ernähren kann. Du kannst viele Frauen und alle ihre Kinder ernähren. Du bist doch kein schwacher Mensch. Du fütterst vier Hundegespanne“, sagte der Schamane stolz.

Alliet sah sich triumphierend nach seiner Frau um: „Nun, Narginaut? Hast du verstanden?“

„Du weißt es besser“, sagte sie demütig.

„Das Alter hat dich schwerfällig gemacht. Du wirst mit der Hausarbeit nicht fertig.“ Und lange sprach Alliet mit dem Vater über die Vermehrung seines Reichums, über den Erwerb einer großen Rentierherde, über den Handel mit Nomaden und Amerikanern.

Bei einbrechender Nacht, als alle schlafen gegangen waren, ergriff der Schamane das Tamburin. Hell rollten die Schläge des Tamburins durch die Nacht. Langsam legte sich der Wind. Der Schamane sagte eintönig singend:

„Meine Leute haben viele Tage die Zelte nicht verlassen.“

Meine Leute müssen auf die Seehundjagd gehen . . . . .

Alliet ist es müde ihnen zu helfen . . . . .

Sturm, halte ein! . . . . .

Korauge selbst bittet darum . . . . .

„Gyt, gy! Kajva, kajva!“ feuerte Alliet den Schamanen an.

Korauge schlug ekstatisch aus Tamburin und rief die Geister an mit hysterischem Geschrei.

Der Nordwind ließ nach. Er jagte in die Berge, in die Tiefe der Tschukotkahöhen, aber vom Meer her drang immer noch das Krachen der in Aufruhr geratenen Eismassen.

Die Jäger krochen aus den stickigen Zelten und fanden sich vor Waais Jaranga! ein. „Sie hat den Kübel hinausgetragen und

ist nicht zurückgekehrt“, sagte der Alte mit einer hilflosen Bewegung der Arme. Wir haben sie nachts gesucht.“

Die alte Ilneut wurde morgens im Packeis dicht am Abgrund gefunden. Sie saß neben einem Eisblock, den Kopf auf die Knie gebeugt. Waamtscho berührte ihre Schulter und der erstarrte Körper fiel um.

Abseits, etwa zehn Schritte davon entfernt, sah aus dem Schnee der Rand des Kübels hervor.

Hinter den Gebirgskämmen ging die feurig-rote Mondkugel auf. Sie stieg rasch immer höher und höher am Firmament. Von Zeit zu Zeit verfinsterte sie der Mond, und dann leuchteten die Sterne heller.

Stille. Nur hier und da drang das Getrappel vorüberziehender Rentierherden aus der Tundra. Sie liefen rasch, und das Klappern ihrer Hufe überlante die Rufe der Hirten. Die Herden zogen nach Westen, in die Tundra Ryrkajaut, und wieder trat die große, lautlose Stille ein.

Der Mond stand schon hoch am Himmel. In seinem hellen Licht konnte man auf Seehunde und Füchse ausgehen und mit den benachbarten Fängen nehmen. Finster standen die Zelte des Lagers Enmakai im Mondlicht. Neben der größten, am äußersten Rande stehenden Jaranga, die Alliet besuchte, scharten sich die jungen Jäger. Trotz der grausamen Kälte waren sie alle ohne Mützen. Ihre bereiften Haare glitzerten silbern. Die dunklen Gesichter waren gerötet. Sie hatten sich versammelt, um Alliet das Geleit zu geben. Aus dem Innenzelt drang seine kräftige Stimme:

„Tumatu-uge!“

„Wo-ooj!“ antwortete Tumatuge, und ohne auf seine Krankheit Rücksicht zu nehmen, riß er sich von seiner Liegestatt hoch und folgte dem Ruf.

Hätte Alliet ihm befohlen, vom Felsen herunterzuspringen, so wäre er auch diesem Befehl gefolgt.

„Charlie spanne als Leithund an und Kaper als letzten!“



## Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

4. Fortsetzung

Zwischen den Fellen, die das Innenzelt abgeschlossen, tauchte der Kopf von Tumatuges Frau auf.

„Da bist du ja!“ begrüßte sie Narginaut. „Ja“, antwortete die Frau. „Unser Tran ist ausgegangen. Tumatuge liegt krank da, und im Zelt ist es kalt.“

„Vater, du mußt die Geister der Heilung beschwören. Tumatuge muß geholfen werden. Er ist der beste Jäger“, sagte Alliet. Aber der Schamane war im Sitzen eingeschlafen.

„Narginaut, gib ihr ein Stück! Sie soll die Flamme anzünden und Torbaste und Schuhe dafür nähen. Der zweite Mond kommt, und dann fahre ich zu den Rentierzüchtern und zum Amerikaner“, sagte Alliet, indem er mit dem Fell, auf dem er saß, zu dem Becher mit heißen Tee rückte. „Näh aber gute Schuhe! Der Amerikaner wird sie selbst tragen.“

Zustimmend wackelte die Frau mit dem Kopf und verließ mit Narginaut das Zelt. Der Schamane Korauge erwachte und

# „Jugendurlaub, ein biologisches Grundrecht“

Ein Beitrag zur Urlaubsfrage von dem Bezirksjugendleiter der IG Chemie - Papier - Keramik

In verschiedenen Ländern der Bundesrepublik wird gegenwärtig wiederum die Frage des Urlaubs der werktätigen Jugend aufgeworfen. All zu deutlich tritt hierbei ein Bestreben hervor, den Urlaub für die schaffende Jugend zu verkürzen. Ohne auf die Gründe für eine solche Handlungsweise an der Jugend einzugehen, sei eindeutig darauf hingewiesen, daß jede Maßnahme zur Einschränkung des Urlaubs der schaffenden Jugend ein kaum wieder gutzumachender Trugschluß ist, denn es wäre dies nichts anderes als ein Sparen auf Kosten der Gesundheit unserer Jugend. Es darf hier versichert werden, daß die Jugend den Kampf um ihren Urlaub nicht um des Kampfes willen, sondern um ein Recht führt, über dessen tieferen Gründe die verantwortlichen Jugendleitungen der Gewerkschaften durch klärende Aussprachen mit namhaften Wissenschaftlern bedeutende Arbeitsergebnisse erzielt haben.

Es fand z. B. u. a. in der Zeit vom 31. März bis 6. April 1950 in Königswinter eine Arbeitstagung des erweiterten Hauptjugendausschusses der Industrie-Gewerkschaft Chemie - Papier - Keramik statt, auf der u. a. als Referent Herr Dr. med. habil. Höske, Dozent an der Sporthochschule in Köln, zu dem Thema: Arbeits-hygiene und Arbeitsphysiologie, sprach. In Rede und Gegenrede wurde ganz besonders die Urlaubsfrage behandelt.

Ausgehend von der bedauerlichen Tatsache, daß es in unserem heutigen Wirtschaftsleben nicht um den Menschen, sondern um die Befriedigung von Wirtschaftsinteressen und damit um den Profit geht, wurde die ganze Werthigkeit der Auf-fassung so mancher Wirtschafts- und Sozialpolitiker grundlegend beleuchtet. Dies wirkt sich ganz besonders schädlich aus, wenn man dem jungen Menschen, der mitunter noch bis in das 20. Lebensjahr hinein in seinen Wachstumsjahren steht, ein für seine Entwicklung erforderliches Maß an naturgegebenen Erfordernissen verwehrt. Es ist eine wissenschaftlich begründete Tatsache, daß jene innere Revolution im Körper des Jugendlichen die Pubertät bei unserer heutigen Jugend um 1/2 bis 2 Jahre früher einsetzt als vor etwa noch 50 Jah-

ren. Die Wissenschaft folgert u. a. daraus, daß auch die Erziehungs- und Schulpläne heute nicht mehr den Gegebenheiten vor 30 oder 50 Jahren Rechnung tragen können. Wir haben es heute mit anderen menschlichen Entwicklungen als zur damaligen Zeit zu tun. Die vorzeitig einsetzende innere Revolution im Körper des Jugendlichen bewirkt jedoch einen vorzeitigen Kräfteverbrauch der sich für den Jugendlichen in seinen Ausbildungsjahren nach-tellig bemerkbar macht. Ein übriges haben die äußeren Einflüsse, die mehr als zu anderen Zeiten auf unsere Jugend einwirken, bewirkt. Viel mehr als bei dem älteren wirkt sich dies bei dem jugendlichen Menschen aus, an dem im übrigen Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren hochgradig anormalen Ernährungs- und Lebensverhältnissen tiefere Spuren hinterlassen haben, die nur durch umfassende Maßnahmen, wenn auch nur annähernd, beseitigt werden können. Es soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, welche sozialen Mißstände, wie Wohnraumnot z. B. außerdem noch Anlaß zu der ungehalten, leider von den oft oberflächlichen Urteilenden als nichtig bezeichneten Jugendnot geben. Die unausbleibliche Folgeerscheinung dieser o. a. Entwicklung auf die Jugend ist wissenschaftlich in der Feststellung begründet, daß der Jugendliche unter den oben angeführten Einwirkungen schneller ermüdet und seine Erholung eine längere Zeit benötigt. Aus diesen Feststellungen der Wissenschaft gründet sich die Forderung der Jugend, daß der Urlaub ein biologisches unabhängiges Grundrecht ist, welches auch der Staat und niemand der verantwortlich zu handeln für sich in Anspruch nehmen will, unterbinden darf.

Mit der grundsätzlichen Feststellung von dem Recht der Jugend auf Urlaub hat sich die Wissenschaft jedoch nicht abgefunden. Sie hat neben den in einem umfassenden Jugendarbeitsschutz-Gesetz zur Sicherung der Eigenrhythmen im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft des Jugendlichen festzuhaltenden Bestimmungen, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden soll, die Frage nach der Höhe des Jugendurlaubs untersucht. Sie kam dabei zu der

Auffassung, daß der jugendliche Mensch im Ablauf des Jahres eine bestimmte Zeitspanne benötigt, in der er, mit Bezug auf seinen im Wachstum befindlichen Organismus, zur Aufnahme eines neuen aufbauenden Energiefeldes, der Erholung bedarf. Die bedeutend schnellere Ermüdung des jugendlichen Menschen bedingt unsererseits diese Unterbrechung seines beruflichen Arbeitseinsatzes und soll ihm die neuen, bei ihm schneller verbrauchten Kraftreserven sichern. Erholung bedeutet, wenn man es je so deuten sollte, also in gar keinem Falle Abwechslung. Am allerwenigsten könnte man dies aber von dem Urlaub des werktätigen Jugendlichen annehmen. Wenn man je die hohe Invaliditätsquote unterbinden wollte, dann fange man endlich bei der ersten Entwicklungsstufe des Menschen, nämlich in seiner Jugend an. Aus all diesen Erwägungen erachtet es die Wissenschaft als grundsätzlich erforderlich, daß der Jugendurlaub im Jahresablauf wenigstens 3 Wochen betragen muß. Sie fordert aber aus biologischen Gründen für die werktätige Jugend einen jährlichen Erholungsurlaub von 4 Wochen.

## FC Rastatt - Karlsruher FV 1:4

Den spielfreien Sonntag benützte der zur Oberliga Südwest Gruppe Süd zählende FC Rastatt und der Bezirksklassenmeister KfV zu einem Freundschaftsspiel, das die Gäste sicher mit 4:1 für sich entscheiden konnten. Der KfV war seinem Gegner in spielerischer Hinsicht überlegen und beherrschte größtenteils das Geschehen. Bereits beim Wechsel führten die Karlsruher durch Kittlitz 2 und Ott, denen Kunkelmann das einzige Rastatter Tor entgegenstellen konnte, 2:1. Mit je einem Treffer in der zweiten Hälfte beschlossen die Gebrüder Kittlitz den Torreigen.

Sachsen-Anhalt wollte mit seiner Amateurbombenmannschaft beim BSV Heros Neustadt unterlag 5:1.

Bartoskiewicz gewann die traditionelle Radfahrradtour der Amateure Berlin-Leipzig bei starkem Gegenwind in 6:59 Stunden.

## Reutlingen vor der Meisterschaft

Südliga

Reutlingen hat es geschafft! Zwar ist es noch nicht amtlich, aber das eine Tüpfelchen auf dem „I“ des Meisterschaftstfels, das noch fehlt, wird sich bereits am kommenden Sonntag einstellen. Mit dem gleichen Resultat wie im Vorspiel, nur mit umgekehrtem Vorzeichen, gelang Reutlingen die Revanche an seinem einzig noch verbliebenen Mitbewerber und damit die endgültige Sicherheit des Meistertitels. Tübingen ist zwar durch diese Niederlage vorübergehend auf den 5. Platz zurückgefallen, weil es noch mit mehreren Spielen im Rückstand ist, aber sie werden sich den zweiten Platz bestimmt zurückerobern bis das Rennen gelaufen ist.

Sollte es zur Bildung einer gemeinsamen Oberliga mit Südwest kommen, dann erhalten auch die nächsten drei Tabellenplätze noch Bedeutung und da hat es am vergangenen Sonntag einige aufschlußreiche Resultate gegeben. Singen hat in Ebingen eine böse 1:5-Abfuhr erlitten und wird sich im letzten Heimspiel gegen Rastatt sehr zusammenschließen müssen, wenn es den dritten Platz behaupten will. Auch beim Freiburger FC ist nach dem knappen Sieg über Schweningen ein voller Punkterfolg aus seinem letzten Heimspiel gegen Ebingen nicht sicher. Immerhin hat der FFC in Friedrichshafen und Villingen noch einige Chancen auf Punkterfolg und er könnte sogar noch Singen vom dritten Platz verdrängen.

Ebingen, Konstanz, Kuppenheim und Rastatt machen sich noch Hoffnungen auf den fünften Platz, wobei Ebingen am günstigsten steht, aber doch noch aus seinen beiden letzten Spielen in Kuppenheim und in Freiburg beim FFC mindestens noch einen Punkt holen muß, um unter den ersten Fünf zu sein. Nach dem hohen Sieg Ebingens über Singen kann man dem Neuling schon solch einen Erfolg zutrauen, aber auch Konstanz und Kuppenheim haben durch ihre glatten Siege über Offenburg 6:0 bzw. Friedrichshafen 4:1 bewiesen, daß sie auch noch in Würden mitreden können. Besonders Konstanz mit noch vier ausstehenden Heimspielen hat noch gute Aussichten. Das Spiel Villingen gegen Hechingen 5:1 hat wahrscheinlich keine Bedeutung mehr, da ja bei einer Neubildung der Ober-

liga nicht nur zwei, sondern 11 Vereine „absteigen“ müßten. Die Tabelle lautet jetzt:

SSV Reutlingen	27	21	2	4	69:27	44
Eintracht Singen	—	28	17	4	57:34	38
FC Freiburg	27	14	8	5	57:30	36
ASV Ebingen	28	15	6	7	50:37	36
SV Tübingen	25	15	5	5	58:28	35
FV Kuppenheim	27	13	5	9	59:59	31
VfL Konstanz	25	12	5	8	55:21	29
SV Rastatt	24	10	7	7	48:38	27
FV Lahr	27	11	3	13	43:50	25
FC Villingen	26	10	3	13	50:50	23
FV Offenburg	26	7	8	11	29:45	22
SG Friedrichshaf.	27	8	4	15	31:59	20
SC Freiburg	24	6	4	14	41:52	16
VfL Schweningen	25	6	4	15	45:58	16
SpVgg Trossingen	25	5	5	15	36:50	15
SV Hechingen	29	2	3	24	32:112	7

## Ausschreibung

zum Räderrennen „Erster Schritt 1950“  
Der Radsportverein Freiburg veranstaltet am Sonntag, den 23. 4. 1950, ein Räderrennen, um den Nachwuchs des Räderrennsports zu fördern. Teilnahmeberechtigt sind alle jugendlichen Radfahrer Südbadens, die noch kein öffentliches Räderrennen bestritten haben.

Jugendliche von 14 bis 18 Jahre beteiligen sich an dem Rennen „Erster Schritt“, Freiburg - Munzingen und zurück (30 km).

Fahrer über 18 Jahre bestreiten ein Rennen Freiburg - Breisach und zurück (50 km).

Draht- und Wulststreifenfahrer erhalten gegenüber den Schlauchreifenfahrern entsprechende Vorgabe.

Start: Sonntag, den 23. April 1950, vormittags 8 Uhr, Baslerstraße bei Restaurant Fortuna. Ausgabe der Rückennummern 36 Minuten vor dem Start.

Meldungen bis spätestens 20. 4. 1950 an Georg Hengy, Oberau 59 oder Willi Wiegand, Freiligrathstraße 80. Teilnahme auf eigene Gefahr. Bei der Meldung ist die schriftliche Einverständniserklärung des Erziehungsberechtigten vorzulegen. Je nach Beteiligung erhält ein Teil der Fahrer jeder Klasse schöne Ehrenabgaben. Preisverteilung sofort nach dem Rennen.

## STELLEN-ANGEBOTE

Die Stadt Singen-Hoh. sucht zum alsbaldigen Eintritt einen energischen talentierten

### Werkmeister (Polier)

für Tief- und Hochbau

möglichst mit Meisterprüfung (Maurermeister oder Schachtmeister) im Alter bis zu 45 Jahren. Anstellung nach besonderer Vereinbarung. Schriftliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an die Stadtverwaltung Singen-Hohentwiel, Rathaus.

## Bekanntmachungen der Stadt Freiburg

### Kartoffelfeld-Verpackung

Am kommenden Mittwoch, 19. April, 14 Uhr, findet im Rieselfeld (beim sog. Neuland) die Kartoffelfeldverpackung statt. Stadt, Rieselfeldverwaltung.

### Bekanntmachung

Die Eigentümer der an der Johann-Sebastian-Bach-Straße angrenzenden Grundstücke sollen nach den Vorschriften des Ortstraßengesetzes vom 15. Oktober 1908 und dem vom Bürgerausschuß am 29. November 1909 genehmigten allgemeinen Grundsätzen zum Ersatz der Kosten für die erste Einrichtung der Straße beigezogen werden. Zur Durchführung des Bezugsverfahrens ist vom Stadtrat ein im einzelnen berechneter Ueberschlag des Kostenaufwandes, sowie eine Liste der beizugsberechtigten Grundstückseigentümer aufgestellt worden, welche nebst Ortstraßenplan, aus welchem die Lage der Grundstücke zu ersehen ist, in der Zeit vom 17. April 1950 bis 30. April 1950 auf der Kanzlei des Tiefbauamts, Schloßbergstraße 7, öffentlich aufgelegt werden wird. Einwendungen gegen den Kostenbezug sind bei Ausschlußvermeidung innerhalb der gleichen Frist beim Bürgermeisteramt - Abt. I - geltend zu machen. Bürgermeisteramt - Abt. I -

## Fort-schrittliche Firmen

die die K a u f k r a f t der Schaffenden zu schätzen wissen, inserieren in

## UNSER TAG



## Städtische Bühnen, Freiburg

### Spielplan für die Zeit vom 17. April bis 23. April 1950

#### GROSSES HAUS

- Mo., 17. April Volksvorstellung: „La Traviata“. 20-22.30 Uhr (Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
- Di., 18. April VIII. Sinfoniekonzert 20-22 Uhr (Konzertmiete, Wahlgutscheine gültig)
- Mi., 19. April VIII. Sinfoniekonzert 20-22 Uhr (Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
- Do., 20. April „Aida“, (15. Vorstellung der Donnerstag- 19.30-23 Uhr Miete A u. Freiverkauf, 8. Vorstellung der „Kleinen Platzmiete“ A)
- Fr., 21. April „Don Carlos“ 20-23.15 Uhr (Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
- Sa., 22. April „Schneewittchen“, (14. Vorstellung der Samstag-Miete A u. Freiverkauf, 7. Vorstellung der „Kleinen Platzmiete“ A)
- So., 23. April „Aida“, (13. Vorstell. der Sonntag-Miete A u. Freiverkauf, 6. Vorstellung der „Kleinen Platzmiete“ A)
- Mo., 17. April Im Ruckmichsaal: Einführungsabend zum VIII. Sinfoniekonzert, Fritz Steglich spricht über die VII. Sinfonie von Anton Bruckner. 20-21.30 Uhr

#### KAMMERSPIELE

- Di., 18. April Keine Vorstellung.
- Mi., 19. April Erstes Gastspiel des politischen Kabarets „Die Mausefalle“ - Stuttgart (Außer Miete, Wahlgutscheine ungültig)
- Do., 20. April Zweites Gastspiel des politischen Kabarets „Die Mausefalle“ - Stuttgart (Außer Miete, Wahlgutscheine ungültig)
- Fr., 21. April Drittes Gastspiel des politischen Kabarets „Die Mausefalle“ - Stuttgart (Außer Miete, Wahlgutscheine ungültig)
- Sa., 22. April „Hurra - ein Junge!“ (Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
- So., 23. April Kindervorstellung! „Hans Huckebein“ (Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)
- 20-22.30 Uhr „Schmutzige Hände“ (Außer Miete, Wahlgutscheine gültig)

# AUF TÖNENDER LEINWAND ZEIGEN:

### Harmonie-Lichtspiele

Bis mit Donnerstag!  
Ein Johnnender Filmbesuch  
Ein musikal. Sorgenbrecher  
Das Publikum schreit und brüllt vor Vergnügen!

Olga Tschechowa  
Paul Hörbiger, Sonja Ziemann  
und eine weitere Bombenbesetzung in

Schwungvolle Musik von Altmeister Nelson und kurzweiliger Humor machen diesen Film zu einem unvergesslichen Lustspiel.

Tägl. 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

### Kandelhof

Kandelstr., Ecke Rennweg, Ruf 2480

Bis einschließlich Donnerstag, 20. April  
Ein Film von außergewöhnlicher dramatischer Wucht

## Verdacht auf Ursula

mit Viktor Staal, Käthe Haack, Annel. Uhlig, Grete Weiser, Rich. Häußler, Fritz Kampers

Ein großartiger, spannungs- u. sensationsreicher Kriminalfilm

Vorher: Neue Wochenschau „Welt im Film“

Anfangszeiten: täglich 14.30, 16.30, 18.45 u. 20.45. Kassenöffnung jeweils ab 13.30 Uhr.

Jugendfreit

### Union-Theater

Dienstag bis mit Donnerstag  
Nur 3 Tage! In Erstaufführung!  
Ein Film, den man nicht vergessen wird!

Hermann Speelmanns - Helga Zülich - Josef Sieber - Kurt Seiffert - Carl Kuhlmann in

## Vor uns liegt das Leben

Bilder von großer Eindrucks-kraft, Szenen von inangster Zartheit und vollendetem künstlerischer Darstellung.

Musik: Gerhard Winkler

Jugendfreit

Tägl.: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

### Friedrichsbau

Kaiser-Joseph-Str. 260, Ruf 2480

Bis einschli. Donnerstag, 20. April  
Herli. Musik, schöne Stimmen,  
Lehars unsterbliche Melodien im Film!

Der Welt berühmteste Operette voll Musik, Liebe und Lachen!  
Vorher: Neue Wochenschau „Welt im Film“

Anfangszeiten:  
Täglich: 14.30, 16.30, 18.30 Uhr

### Zentral-Theater

Schiffstraße 9

Bis einschließlich Donnerstag  
Dieser Farbfilm  
wird ohne Zweifel in Ihrer Erinnerung haften bleiben.

## Polonaise

Paul Muni  
Marie OBERON

Ein traumhaft schöner Farbfilm

Das Liebeserlebnis des großen Komponisten Chopin mit der Dichterin George Sand.

Neueste Wochenschau.

Jugendfreit

Anfangszeiten:  
täglich 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr

### CASINO

Ruf 2466

Auf tausendfachen Wunsch zeigen wir zum zweiten und letzten Male nur 3 Tage:  
Dienstag, Mittwoch Donnerstag  
LAURENCE OLIVIER und JEAN SIMMONS in

Ein Meisterwerk mit fünffacher Auszeichnung! Jugendfreit

Wegen der Länge des Films andere Anfangszeiten:  
14.00, 17.15 und 20.30 Uhr.

### CASINO-Kabarett

Allabendlich 20.30 Uhr  
Kurzes Gastspiel der Ersten Münchner Bauern-Bühne mit dem größten Lacherfolg der letzten Jahre:

## 2 im falschen Bett

Ein Bauernschwank mit Gesang und Tanz in drei Akten. - In der Hauptrolle: Wiggert Huber, Münchens bester Komiker

Zither-, Harmonikasoll, Jodler-, Gesangsbelegungen, Original bayr. Figurenanzug.

Volkstümli. Eintrittspreise: 1.- bis 2.50 DM - Nach der Vorstellung: Tanz für Alle.

Täglich nachm. 4 Uhr:  
Des großen Erfolges wegen weitere Vorstellungen mit:  
Die unvergesslichen lustigen Bauernstreiche von

## Max und Moritz

nach Wilh. Busch, dargestellt von erstklassigen Schauspielern

Mäßige Eintrittspreise